

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 7. August 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pränumerando:  
Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
Einsame Nummer 5 Pf. Sonntags-  
Nummer mit Wochenschrift Sonntag-  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
eingetragen in der Post-Regulierungs-  
Verordnung für 1902 unter Nr. 7678.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Bedingungen**  
betragen für die sechsgepaltene Kolonne  
seitlich oder deren Raum 40 Pf., für  
politische und gesellschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
(nur das erste Wort frei). Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“

### Zur Erinnerung an Liebknecht.

Wiederum fährt es sich, daß unser Alter so plötzlich für immer von uns ging, und immer wieder empfinden wir die Lücke, die sein Tod in unser Leben gerissen, die unauflösbar ist. Mit ihm ging ein Kämpfer von dannen, wie es unter uns keinen mehr giebt. Wer jahrzehntelang Seite an Seite mit ihm gekämpft, weiß am besten, was er als Wort- und Mitkämpfer bedeutete. Kampf war sein Lebenselement, Tausenden von Gegnern die Stirn zu bieten seine Freude, und handelte es sich um Situationen, in denen andre den Kopf verloren, dann war er auf der Höhe.

Der den Alten im Kampfe kennen lernen wollte, mußte ihn in Tagen sehen, wie sie das Jahr 1870 und später das Socialistengesetz geschaffen hat. In Zeiten der größten Aufregung, wenn die Leidenschaften in hohen Bogen gingen und ihn umstobten, da fühlte er sich wie ein Fisch im frischen Wasser und stellte seinen Mann. In solchen Augenblicken sah man ihn nie verlegen oder nur einen Augenblick zaudern, und stets prägte er für den vorhandenen Moment das richtige Wort.

Das Kriegsjahr 1870/71 stellte hohe Anforderungen an unsere Nerven. Das seit 1866 eine Frage der Zeit war, war endlich hereinbrochen. Bismarck hatte es meisterlich verstanden, in dem ihm haffenden Moment Napoleon zum Kriege zu provozieren und obenrein den Schein, der Propaganda zu sein, auf diesen zu werfen. Die Aufregung, welche die Kriegserklärung erzeugte, läßt sich nur in einem gewissen Vergleich stellen mit jener, die achtzehn Jahre später einfiel, als derlei Bismarck und seine Helfershelfer die Altentate der Hölle und Rökling gegen die Socialdemokratie fraktionierten und ihr das Socialistengesetz als Nächstes an den Hals zu binden suchten. Doch war die Art der beiden Stürme grundverschieden. Im letzteren Fall richtete sich die ganze Wut der fanatisierten Massen ausschließlich gegen die Socialdemokratie, im ersteren war es der Ausdruck eines patriotischen Paroxysmus, bei dem der Haß gegen den bis dahin Europa beherrschenden Despoten und das von ihm beherrschte Volk, „den Erbfeind“, zum unverhohlenen Ausdruck kam.

Daß dieser Krieg bestimmt war, die Bismarckschen Ziele, die notwendig der Demokratie feindlich waren, weiter zu verwirklichen, darüber waren wir uns klar. Aber diese Anschauung gegen den alles niederreißenden Strom blinder Leidenschaft zu verteidigen, war schwer. Kein Wunder, daß in der eignen damals noch sehr jungen Partei die Meinungen geteilt waren und dadurch unsere Situation nicht verbessert wurde.

In dem plötzlich zusammengetretenen Norddeutschen Reichstag, der berufen worden war, um für den bevorstehenden Krieg die erste Anleihe zu bewilligen, hatten wir — Liebknecht und ich — die Erklärung abgegeben, uns der Stimme zu enthalten. Der Krieg sei ein dynastischer und die notwendige Folge der Ereignisse des Jahres 1866, durch die Deutschland gerissen worden sei; aber dynastischen Interessen zu dienen, dazu böten wir nicht die Hand.

Diese unsre Haltung hatte in- und außerhalb des Reichstages die Leidenschaften gegen uns aufstecken lassen. Persönliche Verunglimpfungen, kleinliche Verfolgungen und gehässige Anklagen folgten in heute kaum begreiflichem Maße. Die rasche Niederwerfung der französischen Armee und die Gefangennahme Napoleons bei Sedan änderten die Situation für uns. War bis dahin der Krieg der großen Masse als ein Verteidigungskrieg erschienen,

so zeigte sich nach Sedan, daß er ein Eroberungskrieg werden sollte. Der Sturz Napoleons als Kaiser und die Proklamierung der französischen Republik am 4. September 1870 änderten auch mit einem Schläge die Stimmung in der Partei.

Die Differenzen zwischen Braunschweig (Sitz des Ausschusses der Eisenacher Partei) und Hamburg (Sitz der Kontrollkommission) auf der einen und uns in Leipzig auf der andern Seite war über Nacht verschwunden. Auf Liebknecht hatte die Proklamierung der Republik einen solchen Eindruck gemacht, daß er mit Freudentränen in den Augen in meine Wohnung gestürzt kam und mir die Nachricht zu verkünden. Und noch eine andre Wirkung hatte dieses Ereignis. Die parlamentarischen Vertreter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins — und zwar beider Fraktionen — Schweitzer, Hasenleber und Frigische wie Wende, die in der Kriegsstage sehr entschiedene Stellung gegen uns genommen hatten, schlugen nunmehr ebenfalls um und traten mehr oder weniger auf unsre Seite.

Der Braunschweiger Ausschuss hatte sogar bereits am 5. Septbr. in einer schwingend geschriebenen Proklamation an die Partei für die Republik und gegen die Fortführung des Krieges so nachdrücklich sich ausgesprochen, ohne zu beachten, daß Braunschweig sich im Norddeutschen Botschafterzustand befand, daß Vogel v. Falckenstein als Oberkommandierender seine Verhaftung und Ueberführung in Ketten nach Löden anordnete. Dasselbe Schicksal traf Ang. Weib in Hamburg und Johann Jacoby und Herwig in Königsberg, weil sie ebenfalls für den Frieden und gegen die geplante Annexion von Elsaß-Lothringen sich erklärt hatten.

Unter diesen veränderten Umständen wurde wieder im November der Norddeutsche Reichstag einberufen, um über dreierlei zu beschließen. Einmal um das Mandat des Reichstags, das schon im September abgelaufen war, bis zum Kriegsschlusse zu verlängern; dann um eine neue Kriegsanleihe zu bewilligen; endlich um die mit den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Verträge, die an Stelle des Norddeutschen Bundes den Deutschen Bund setzen sollten, anzuhelfen. Wir kamen trotz der noch gegen uns sehr feindseligen Stimmung in gehobener Stimmung nach Berlin, entschlossen die entschiedenste Opposition gegen die Fortsetzung des Krieges und die beabsichtigten Annexionen zu machen. Liebknecht und ich brachten auch sofort einen bezüglichen scharf formulierten Antrag ein, dessen Abdruck der Raum verbietet. Am 20. November begann die Debatte, die von unserer Seite durch mich eröffnet wurde. Obgleich ich so ruhig wie möglich sprach, gab es die turbulentesten Szenen. Pfäfersche und Rufe: „Sinaus mit ihm!“ und ähnliche regnete es auf mich nieder. Die obligaten Ordnungsrufe folgten. Löffler und Braun-Wiesbaden kamen seitens der Gegner nach mir zum Wort und deckten mich zu, so gut sie es vermochten. Dann erhielt Liebknecht das Wort, der an jenem Tage eine seiner besten Reden hielt. Ihm erging es womöglich noch schlimmer als mir. Simson, der als Jupiter tonans den Präsidentenstuhl inne hatte, fand es für angemessen, Liebknecht dahin zu apostrophieren: „Sie dürfen jeden Gedanken hier aussprechen und ich bin der letzte, der jemand darin hindern möchte, aber er muß für eine Versammlung gebildeter Männer mindestens erträglich sein.“ Worauf Liebknecht prompt replizierte: „Was die letzte Unterbrechung des Herrn Präsidenten betrifft, so ist das, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, das Verfahren eines Schulmeisters, welches mich absolut nicht berührt, wohl aber diesen Reichstag, wenn er es hinimmt, daß man ihn zu einer Versammlung von Kindern herabzusetzen läßt.“ Stürmische Unterbrechungen folgten. Simson

erteilte Liebknecht den Ordnungsruf und drohte, daß, wenn er so weiter rede, werde er sich vom Hause autorisieren lassen, ihm das Wort zu entziehen. Was auch am nächsten Tage bei Fortsetzung der Debatte thatsächlich geschah.

Neue stürmische Unterbrechungen traten ein, als Liebknecht für den Friedensschluß sprach und dabei das französische Volk ein Brudervolk nannte; sofort fauchte aber auch der Hieb auf die Unterbrecher nieder: „Es ist wahrlich ehrenhafter, der Bruder des französischen Volkes und der französischen Arbeiter zu sein, als der „Liebe Bruder“ des Schurken auf Wilhelmshöhe! (Wo Napoleon gefangen sah.) Dieser Hieb rief sogar Herrn v. Schweitzer zu einem Bravo! Bravo! hin.

Unser Antrag wurde schließlich mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt. Wer außer Liebknecht, Schraps, mir, noch dafür stimmte, ist mir nicht mehr erinnerlich.

Am nächsten verließ einige Tage später eine Sitzung, in der die Verträge mit den süddeutschen Staaten auf der Tagesordnung standen. Es war unter der Hand im Reichstag bekannt geworden, daß gewisse hohe Herren im Versailles Hauptquartier es fertig gebracht hatten, den König von Bayern zu bestimmen, den deutschen Kaiser den Vorschlag zu machen, den König von Preußen als deutschen Kaiser auszurufen, und daß dieser Vorschlag Annahme gefunden hatte.

Es sollte nunmehr ein Brillantfeuerwerk im Reichstag inszeniert werden, um diese hochwichtige Nachricht der Welt zu verkünden. Unter der Majorität war verabredet, daß ein Mitglied der freikonservativen Fraktion eine diesbezügliche feierliche Ansprache an Herrn Delbrück, den Präsidenten des Reichskanzleramts richten sollte, der dann einen Brief Bismarcks mit der patriotischen Freudenboische vortragen werde. Das Weitere sollte sich dann finden. Aber die Komödie verpuffte schmählich. Weder entsprach die Art der Ansprache der Feierlichkeit des Moments, noch wußte sich der Präsident des Reichskanzleramts in seine Rolle zu finden. Nachdem die Ansprache ergangen war, sprach Herr Delbrück, noch ehe er das Wort erhalten hatte, auf und sprach verzweifelt in allen Tischen nach dem Bismarckschen Schreiben. Als er es endlich gefunden hatte und im trockensten Bureaustil vorlas, machte der Vorgang einen so komischen Eindruck, daß das ganze Haus in sehr respektwidrige Heiterkeit ausbrach. Man kann sich vorstellen, wie diese Scene uns gaudierte. Bei der zweiten Lesung der Vorlage am 9. Dezember ergriff dann Liebknecht das Wort, um den Vorgang in seiner scharf gepfefferten Art zu glossieren: Der neue Bund sei nur eine Versicherungsgesellschaft gegen die Demokratie... Die Krönung des neuen Kaisers wäre, um ihr eine würdige symbolische Bedeutung zu geben, vorzunehmen dort draußen auf dem Gendarmenmarkt. „Das ist der passendste Ort für die Krönung des modernen Kaisers; denn dieses Kaiserthum kann in der That nur durch den Gendarmen aufrecht erhalten werden.“

Diese Ausführungen gaben wieder Anlaß zu einem neuen Sturm der Entrüstung, zu dem üblichen Ordnungsruf und drastischen Bemerkungen Liebknechts zur Geschäftsordnung.

Dies unser Auftreten im Reichstage wie die Haltung des von Liebknecht redigierten „Volkstaat“ hatten im Hauptquartier zu Versailles große Entrüstung erweckt und Rachegedanken hervorgerufen. Bei der Verhaftung des Braunschweiger Ausschusses waren, trotz einer von mir vorher an ihn gerichteten Warnung, keine Papiere aufzuheben, alle seit Jahren eingegangenen Briefe von Marx, Engels, Liebknecht, mir und vielen andern gefunden worden. In

### Aux Tuilleries!

10. August 1792.

Von Wilhelm Liebknecht.

Am 14. Juli der Jahrestag des Bastillensurms.  
Am 10. August der Jahrestag des Tuilleriesurms.  
Am 14. Juli 1789 die Niederwerfung des morschen, abgestorbenen Feudalismus.

Am 10. August 1792 die Niederwerfung der noch lebenskräftigen Monarchie, die Jahrzehnte nach ihrem Fall wieder aufsteht und eine neue Wera der Schmach über Frankreich bringen konnte.

Blutiger als der 14. Juli, war der 10. August noch in weit höherem Maße ein Tag des Volkes.

Am 14. Juli hatte das Volk von Paris unter dem Einfluß, unter der Führung eines Camille Desmoulins und anderer hervorragender Zeitgenossen gekämpft.

Am 10. August kämpfte das Volk allein, ohne Führer — einzig geleitet von dem Bewußtsein der revolutionären Pflicht und der revolutionären Notwendigkeit.

Und das macht die Größe des Tages.

Der 14. Juli bereitete den geplanten Staatsstreich des Hofes und den Weg der Revolution Bahn, der die Schöredner der Nationalversammlung nichts zu bieten hatten, als Phrasen.

\*) Wilhelm Liebknechts große literarische Lebensarbeit ist nicht zum Lebenswerk gereift. Von seiner Geschichte der französischen Revolution sind nur für ein schnell verstrichenes Lesejahr ein paar Anfangsbogen erschienen. In seinem Nachlaß finden sich ganze Vollen von Notizen: Anträge, Urtheile, Bemerkungen, Andeutungen, Ansätze. Zum Gelingen des ungeheuren aufgeschriebenen Materials fand er keine Ruhe. Aber da er im Geiste der französischen Revolution lebte, war er jeder Zeit bereit und fertig, Feststellungen aus der gewaltigen Bewegung zu entnehmen. Die oben abgedruckte Arbeit ist eine solche Kühne und große Improvisation des Augenblicks. Sie ist in Zürich anfangs August 1881 niedergeschrieben und im „Socialdemokrat“ vom 11. August 1881 zuerst abgedruckt. Der übende Atem der Revolution weht in diesen wie noch dem Rhythmus der Marschmusik stimmenden Sätzen. Die Wiedergabe am heutigen Tage dürfte ein willkommenes Gedenkblatt sein.

Redaktion des „Vorwärts“.

Nach dem siegreichen Bastillensurme allgemeiner Jubel, allgemeine Verjüngung. Der „dritte Stand“ — Bürger, Bauern, Arbeiter, alles schwamm in einem Meer von Wonne — das Ziel war erreicht, das goldne Zeitalter zurückgekehrt.

Der Freudenrausch dauerte nicht lange. Bald schieden sich die Sieger je nach ihren Interessen, und die Besiegten rafften sich auf, nach der alten Macht drüßend, Rache und Verrat sinnend.

Das Bürgerthum, die aus dem Embryo rasch wachsende Bourgeoisie, war „zufrieden“ und wollte der Revolution nun Halt gebieten, während hingegen die zur revolutionären Klasse werdenden Arbeiter, von socialistischen Vorahnungen erfüllt, die radikale Durchführung des Freiheits- und Gleichheitsprinzips forderten, und die Bauern dessen Verwirklichung praktisch in die Hand nahmen, indem sie die adligen Schlösser niederbrannten und den Feudalismus in der Person der Feudalherren töteten.

Da redet man viel von der glorreichen Nacht des 4. August (1789), die Frankreich vom Feudalismus befreite, und in welcher die Vertreter des Adels so großmüthig auf ihre Vorrechte verzichteten.

Wohlfelie Großmuth!  
Dann der revolutionären Energie der Bauern, die seine Parlementsbeschlüsse abwarteten, gab es in Frankreich am 4. August thatsächlich keine adligen Vorrechte mehr.

Die Nationalversammlung hatte zu dem fait accompli, zu dem Geschehenen, nur Jo und Amen zu sagen.

Die Weltgeschichte wird nicht von den Parlamenten gemacht, die Parlamente sind nur die Bühne, auf welchen die hinter den Coullissen angeordneten, bald von mehr oder weniger stümperhaften Staatsmännern am grünen Tisch, bald vom souveränen Volk auf der Straße gebildeten Stücke: Farce, Komödien, Tragödien, je nachdem — gespielt werden.

Diesmal war's eine Tragödie — die gewaltigste, welche bis jetzt die Weltgeschichte aufzuweisen hat, und der Dichter war das Volk. Dichter und Akteur, was nicht bloß Schauspieler heißt, sondern auch Handelndes, Mann der That.

Am 14. Juli geschlagen, erholte der reaktionäre Hof sich binnen weniger Monate von seiner Niederlage, und Anfang Oktober (1789) wäre der neu vorbereitete Staatsstreich gelungen, hätte das Volk von Paris nicht gegen den Willen der zufriedenen Bourgeoisie am 5. Oktober den König samt Familie als Geißel nach Paris geholt und unter Volksschutz gestellt.

Wir können den Gang der Dinge hier nicht in einzelnen verfolgen. Genug: systematischer Verrat von oben, Hochverrat und Vandalenverrat — Complicität und Vorgehülfe, die mit dem Königthum gegen das Volk konspirierte und die Befestigung der Monarchie als Damm gegen die Revolution wußte; Verkörperung des revolutionären Gedankens im Arbeiter- und Kleinbürgerthum, das ihn weiter und weiter ausbildete; zurücktreten der Bauern, die mit ihren Forderungen erreicht haben, was sie erstrebt, und sich rüsten, den revolutionär gewonnenen Grund und Boden mit der Hinte zu verteidigen.

Im Juni 1791 zerschneidet die Flucht des Königs das letzte Band zwischen Volk und Monarchie, und im Juli 1791 zerschneidet die Wegerei des Marsfeldes das letzte Band zwischen Volk und Bourgeoisie. Das „vaterlandslose Gesindel“, der imbecille König und seine frivole doch thätigste Frau, nebst dem gesamten noch übrigen Adel konspirierte mit dem Ausland, um durch die Söldnerhorden des vereinigten monarchischen Europa Frankreich zu unterjochen und die Revolution zu bändigen.

Der Krieg wurde eingefädelt. Die französische Armee, von landesväterischen Offizieren und Generalen befehligt, konnte den Armeen des Auslandes unmöglich widerstehen.

Die Nationalversammlung — die konstituierende wie die gesetzgebende — erwies sich der Situation nicht gewachsen.

Die Girondisten, welche 1792 aus Aider (ins Ministerium) gelangten, wurden vom Hof und der Camarilla überidipelt — sie begriffen teils nicht das schwachvolle Spiel des „vaterlandslosen Gesindels“, teils hatten sie nicht den Mut, mit starker Faust die königlichen Hoch- und Landesverräter am Kragen zu nehmen.

Im Juni 1792 glaubte der Hof die Haden des Verrats so festgeponnen zu haben, daß Frankreich nicht entrinnen konnte: Die Waise ward abgeworfen, das Girondistenministerium zum Teufel gelant.

Darob grimmte Entrüstung der rede- und ämterlustigen Girondisten. Im wieder ins Ministerium zu kommen, veranfaßten sie den „Spaziergang des Volkes in die Tuilleries“ (20. Juni 1792). — Hunderttausend Proletarier, die den König in seinem Schloß „besuchten“ und ihm und den Seinen kein Haat schämten.

Es war eine feierliche Warnung. Der verblendete Hof beachtete die Warnung des Volkes nicht. Ghibbosten vom Kriegsschauplatz zeigten, wie gut das Verrath-ney gepommt.

Die Nationalversammlung that nichts.

ganzen über 2000. Diese in Verbindung mit andern Material, das später bekannt wurde, sollte mit dem Strid zu einem Hochverratsprozess führen. Einstweilen waren wir aber noch im Reichstag und erst nach Schluß desselben konnte man wagen, uns zu verhaften. Der Schluß des Reichstags erfolgte gegen Mitte Dezember. Wir kehrten nach Leipzig zurück und betrafen sofort nach dem Leipziger Sozial in der Kreuzstraße eine öffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins ein, da das schändliche Ministerium wider Recht und Gesetz sämtliche Volksschichten im Lande im voraus bedroht hatte, um Verdict über unsre Tätigkeit im Reichstag zu erlassen. Der mächtig große Saal war zum Schanden geküßt, Tausende mußten umstehen. In einer Ecke des Saales hatten sich eine Anzahl gefangener französischer Offiziere in Civil postiert, um den Verhandlungen beizuwohnen. Ich erhielt zuerst das Wort. Mann hatte ich zu sprechen begonnen, als plötzlich mitten im Saale eine panikartige Aufregung ausbrach, die sich einem großen Teil der Versammlung mitteilte. Ein Teil der Anwesenden drängte nach den Ausgängen, ein anderer sprang aus den Fenstern des parterre gelegenen Saales. Es stellte sich heraus, daß ein Gegner irgend ein Chemikat, das einen fürchterlichen Gestank verbreitete, auf den Boden hatte fallen lassen, was die Panik verursachte. Bald aber trat wieder Beruhigung ein, und wir konnten unsre Reden zu Ende halten. Selbstverständlich bildete die Kaisermacht im Reichstag den Schwerpunkt der Rede Liebnechts, die wahre Lachsalbe und Weisheitslügner hervorrief.

Nun ereilte uns aber die Rache. Zwei Tage darauf, an einem Sonntagvormittag, wurde ich unter polizeilicher Begleitung, nachdem eine Hausdurchsuchung vorausgegangen war, in einer Droßkelle nach der Polizeidirektion und von dort nach dem Gerichtsgefängnis abgeführt. Dasselbe Schicksal hatten, wie ich später durch den Gefangenwärter erfuhr, Liebnecht und Geyner. Um unsre Verhaftung zu rechtfertigen, verbreitete die Bismarckpresse, wir seien wegen Landesverrats verhaftet worden, eine Verleumdung, die bei unsren Gegnern bereitwillig Glauben fand.

Unsre Untersuchungshaft (Einzelfaß) war außerordentlich streng. Erst nach mehr als zwei Wochen hatten wir das erste Verhör, das darin bestand, daß der Untersuchungsrichter jedem von uns mitteilte, das Anlagematerial gegen uns sei aus Versehen eingetroffen, aber jetzt brauche er einige Zeit, um es zu sichten und zu studieren. Der Mann hatte eine Nervenarbeit, aber er bewilligte sie in erstaunlich kurzer Zeit, wie ich hinzusetzen muß, auf das Gewissenhafteste. Natürlich bildeten zunächst unsre Weiber an den Ausschluß den Gegenstand der Erörterung. Von Landesverrat war selbstverständlich keine Rede, auch die Anklage auf Verbruch zum Hochverrat lieferte kein Material, selbst das Material für eine Anklage auf Vorbereitung zum Hochverrat — ein sehr dehnbarer Begriff — war selbst nach Ansicht des Untersuchungsrichters so dürftig — wie wir später genau erfahren haben —, daß er eine Verurteilung für nicht möglich hielt. Ende Februar war die eigentliche Untersuchung zu Ende und der Untersuchungsrichter beantragte unsre Entlassung aus der Haft, welcher aber der Staatsanwalt widersprach.

Mittlerweile hatten am 3. März, dem Tage des vorläufigen Friedensschlusses, die Wahlen zum Reichstag stattgefunden. Liebnecht unterlag in seinem Wahlkreis — Lugau-Stollberg — Weier — einem Fortschrittler, ich siegte in meinem Wahlkreis Glauchau-Meerane über Schulte-Deitlich, der sich zum Kandidaten der vereinigten Gegner hergegeben hatte. Schrapfs stellte im bald zusammengetretenen Reichstag den Antrag auf meine Freilassung. Die Verhandlung darüber sollte am 20. März — Liebnechts Geburtstag — sein. Da wurde plötzlich am Nachmittag des 28. März meine mit schweren Schlüssel versehen Gefängnisstür aufgerissen und mit vergnügtem Gesicht ersuchte mich der Gefangenwärter, zum Untersuchungsrichter zu kommen. Als ich auf dem Korridor um die Ecke bog, sah ich Liebnecht und Geyner vor mir stehen — seit drei und ein halb Monaten zum ersten Mal — und wie auf Kommando schritten wir uns alle drei in die Arme. Die Stunde der Freilassung hatte geschlagen.

Wie das Jahr danach der Hochverratsprozess gegen uns vor dem Leipziger Geschworenengericht folgte, wie Liebnecht und ich in demselben zu zwei Jahren Festung verurteilt wurden und welche gewaltig moralischen Wirkungen die Prozessverhandlungen, namentlich durch die großartige Haltung Liebnechts, für die ganze Partei erlangte, ist bekannt. Nicht bekannt aber ist, daß wie am Abend des Tages unsrer Verurteilung auf Einladung unsrer Rechtsanwältin zum erstenmal in unsrem Leben nach dem berüchtigten Auerbach-Keller wanderten, obgleich unsren Frauen, die nur widerwillig uns begleiteten, das Weinen näher als das Lachen war. Die Festungshaft hat uns und hat der Partei nichts geschadet. Wir rettete sogar die erzwungene Ruhe und die gute Lust auf der Festung das Leben. Liebnecht aber benutzte die Zeit, um die Vorstudien zu einer Geschichte der französischen Revolution zu machen, für die er am Ende der Haft einen Berg Manuskripte zusammengeschrieben hatte. Leider ist er in den späteren Kämpfen und Sorgen

des Tages nie dazu gekommen, dieses sein Lebenswert — das sollte es werden — zu vollenden. Er entdeckte sogar eines Tages während seiner Verbannung von Leipzig in Borsdorf mit Schreden, daß die dort vorhandenen zahlreichen Mäuse verfaßt hatten, daselbst zu zernagen. Den Schaden konnte er wieder ausbessern, aber zu mehr brachte er es nicht. Freund Hein hat ihm zu früh die Feder aus der Hand genommen und ihn hinab ins Schattenreich geführt.

A. Weber

## Politische Ueberflucht.

Berlin, den 6. August.

### Zoll und Zuchtband.

Die Haltung der Zollwächterpartei wird dadurch charakterisiert, daß niemand den Mut hat, die Felle — wie es richtig wäre — im Namen des persönlichen Interesses des Ausbenteriums zu fordern. Man schämt sich seines eignen Wollens und wagt nur — wie die südländischen Briganten — mit der Larve auf den Maul zu ziehen. Bald verläßt man sich hinter dem Schlag der nationalen Arbeit, bald hinter der Erhaltung der nationalen Weibkraft, ja die Ganz-Deutschen beschämen sogar, die ganze Zollwächterpolitik geschehe nur im Interesse der — Arbeiter, denen man höhere Löhne zahlen wolle und sie verteidigen mit den heiligsten Mienen von der Welt die Interessen ihrer Arbeiter gegen die — Sozialdemokratie.

Und nun erhebt man die tolle Forderung der Gerechtigkeit: Dieselben Elemente, die den Arbeitern das einzige Mittel, eine Besserung ihrer Lebensverhältnisse zu erreichen, zu verweigern oder beschränken, versuchen, sie wollten nur deswegen höhere Löhne, um — höhere Löhne zahlen zu können. Welch ein Ekelmut! Die Agrarier bieten all ihre Macht auf, um den Landarbeitern das Grundrecht der Koalition vorzuenthalten, damit sie nicht gezwungen würden, höhere Löhne zu zahlen — aber der Wucherzoll soll nur dazu dienen, die Lage der Arbeiter aufzubessern. Und die Schatzkammer vom Centralverband, die noch immer an ihre mit 12 000 R. umsonst gefütterte Zuchtbandvorlage schmeichlich zuredenden, die den Arbeitern jede Möglichkeit, Lohnverbesserungen zu erkämpfen, ein für allemal geraubt hätte — dieselben Schatzkammerbestimmungen, daß ihr Interesse am Zoll darin bestünde, den Arbeitern bessere Löhne zu gewähren.

Auch Graf Pobjadovsky, der Verantwortliche der Zuchtbandvorlage, wagt es an dieser Komödie mitzuspielen. Am Mittwoch rief er in der Zollkommission in Erwiderung auf eine nicht begriffene Anmerkung Bernsteins über die Wirkung billiger Produktion auf die Hebung der Konjunktion mit künstlich gesteigertem Pathos: „Ich will nur an die Konfektions-Industrie erinnern: wenn man Gelegenheit hat, zu sehen, zu welchen Preisen Konfektionswaren hergestellt werden, so überkommt einen jedesmal das Gefühl des Schauderns.“ Herr Graf Pobjadovsky hätte das Gefühl des Schauderns damals haben sollen, als er die Zuchtbandvorlage vorlegte, die dazu bestimmt war, durch Einschränkung und Vereitelung des Koalitionsrechts der Arbeiter die Löhne dauernd auf das niedrigste Maß zu drücken!

Freilich besteht nur in den Worten, nicht in der Wirklichkeit ein Widerspruch zwischen der Politik des Zuchtbandes und der Politik des Wucherzolls. Natürlich wirken beide in der gleichen Richtung. Auch der Zoll ist, weit entfernt, die Lage der Arbeiter — gerade als Produzenten — zu verbessern, zu nichts andrem bestimmt, als die Löhne herabzudrücken. Der Zolltarif ist in gewissem Sinne nur eine Zuchtbandvorlage anderer Art. Indem der Hochzoll die Konkurrenz des Auslandes aufzuheben beschriebt ist, fördert er die Kartelle und stützt damit die Uebergewalt der Ausbenterorganisationen, denen die Arbeiter auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Und wenn dann die Arbeiter der „geschützten“ Industrie durch einen Streik bessere Löhne erzielen wollen, dann holt das Unternehmertum aus dem Ausland die billigen, durch die Beschränkungslosigkeit der Kartelle auf dem Weltmarkt und die Unterbindung der Einfuhr noch mehr gedrückten Arbeitskräfte als Streikbrecher. Demnach besteht die ganze plötzliche Arbeiterfreundlichkeit der Zollwächter-Parteien — daß sie zwar die ausländischen Arbeitsprodukte ausführen, die ausländischen Arbeiter aber maßlos einführten, je billiger und widerer, desto besser. Darum wirkt der Zollwächter wie eine Zuchtbandvorlage. Er erschwert den Kampf der Arbeiter um bessere Löhne.

Demgegenüber giebt es nur eine vernünftige, erfolgreiche Produzenten- und Arbeiter-Politik: Durch internationalen gewerkschaftlichen Zusammenschluß gegen das Unternehmertum muß verhindert werden, daß die Arbeiter jenseits der Grenze als Lohnbrüder auf dem Weltmarkt erscheinen. Die internationale Arbeiterkoalition ist der Weg, der zu höheren Löhnen führt, der die ruinöse Schmutzkonkurrenz beseitigt — nicht aber der Zoll, der gerade das Gegenteil bewirkt. So allein wird die nationale Arbeitskraft geschützt. Die Zuchtbandhüter aber mühen ihre plötzliche Reue für höhere Löhne durch die That zu beweisen und in das Zolltarifgesetz als wichtigsten Paragraphen gegen den unannehmen lohnbrückenden Wettbewerb der Völker, die Bestimmung anzunehmen, daß die vertraglich bindenden Staaten sich verpflichten, den Arbeitern aller Art, jeden Alters und Geschlechts das uneingeschränkte, gesicherte Koalitionsrecht zu gewähren!

seind-eintreffen, die rebellischen „Unterthanen“ zu Paaren treiben, die Revolution in Blut erlösen würde.

Aber das Volk war wachsam und auf dem Posten. Die „Marceller“, welche eigentlich schon zum Föderationsfest am 14. Juli hätten eintreffen sollen, sich jedoch verspätet hatten, waren inzwischen in Paris eingezogen und hatten die „Marcellaise“ mitgebracht:

Allons enfants de la patrie!  
Le jour de gloire est arrivé,  
Contre nous de la tyrannie  
L'étendard sanglant est levé.

Aux armes, citoyens!  
Formez vos bataillons!  
Marchons, marchons!

Hätten wie drüben bereitete man sich zum Entscheidungslampf vor.

Das Volk hatte keine Zeit zu verlieren — jeder verlorenen Moment führte die Brechen näher.

Aux Tulleries! Nach den Tulleries!  
In der Nacht von dem 9. auf den 10. August 1792 ertönte das Signal — das Volk setzte sich in Marsch gegen die Tulleries, welche, von den Schweizern besetzt, zu einer fast unnehmbaren Citadelle umgeschaffen, mit allen Mitteln der Verteidigung und des Angriffs in ausbrechender Weise versehen waren.

Das Volk!  
Wo waren die „Führer“? Wo die Danton, die Robespierre, die Camille Desmoulins, die Marat?

Es gab keine Führer!  
Die Führer hatten den Kopf verloren, oder sie glänzten durch Abwesenheit, oder sie marschierten „als gemeine Soldaten“ mit dem Volk, wie Camille Desmoulins und Danton.

Von Camilles Frau haben wir Aufzeichnungen aus jener Nacht, die es enthalten, welche Raslosigkeit im Rat der Führer herrschte.

Es ist dies weder eine vereinzelte Tatsache, noch ist's zum Verdammnis. Die Idee der Revolution kam in keinem einzelnen Individuum zum vollen Ausdruck gelangen, sie kann nur in den Massen, im Volke leben, sich entfalten, zur That und Wahrheit werden.

Aux armes, citoyens!  
Marchons, marchons!  
Aux Tulleries!

## Die Räumung Shanghai.

Aus London, 4. August, wird uns geschrieben: Nachdem China die Räumung Tientsin durchgesetzt hatte, richtete der Botschafter von Peking, Liu-Kungh, das Ansuchen an die Mächte, die militärischen Garnisonen auch aus Shanghai zurückzuziehen. Er meinte mit Recht, China habe die ihm auferlegten Bedingungen erfüllt, es sei deshalb die Pflicht der Mächte, auch ihr Versprechen einzulösen. Ferner erklärte er, England, Japan und Frankreich seien bereit, dem chinesischen Verlangen nachzukommen. Die englische Presse bestätigte diese Angaben, offenbar ein deutlicher Wink an Deutschland, die Rolle des Störenfrieds in China aufzugeben. Es wiederholt sich jetzt daselbst Schauspiel, das wir Anfang Juli wegen Tientsin hatten, wo alle civilisierten Mächte die deutsche Regierung beschuldigten, die Wiederherstellung des chinesischen Friedens zu hemmen. Die „Times“ erinnern heute den Grafen Sillow an seine Rede vom 4. März, in der er versicherte, die deutsche Garnison werde nur nach Shanghai gefandt, um die öffentliche Ordnung im Yangtsebeden aufrecht zu halten. Da nun eine Störung der Ordnung ausgeschlossen sei, so höre auch jeder Grund für die Beibehaltung der dortigen Garnisonen auf.

Bedenkt man, daß Shanghai das Thor zum Yangtsebeden bildet und dieses von den Engländern als ihre Einflußsphäre betrachtet wird, so dürfte es klar werden, daß die Rote Liu-Kunghs einmüde sich nur an die Aufregung Dillies in der Sitzung des Unterhauses vom 3. Juli über Sillows Antwort betrifft Shanghai und man wird nicht leugnen können, daß China mit Hilfe Englands, Frankreichs und Japans jetzt daran geht, Deutschland aus dem Yangtsebeden hinauszubugieren. Daß das englische Kapitalistenorgan heute Sillow gegenüber sehr freundlich thut, kann den Kern der Dinge nicht verfehlen. Die europäischen Mächte, die an China interessiert sind, betrachten Deutschland als einen Eindringling und behandeln ihn als solchen.

## Deutsches Reich.

Orden ... Rosenkränze ... Schreibfedern ... Spielzeug.

Ordenszeichen, die von Staatsoberhäuptern verliehen sind, sollten nach dem Vorschlag der Regierung in § 5 Nr. 13 des Zolltarifgesetzes zollfrei sein. Die Sozialdemokraten beantragten seinerzeit in der Kommission, diese Zollfreiheit zu streichen. Sie betonten, daß gegenwärtig Orden ohne eine Bestimmung im Tarifgesetz, falls sie von Subveranen verliehen sind, auch dann zollfrei eingehen, wenn sie das zollfreie Gewicht von 250 Gramm Bruttogewicht überschreiten. Diesen geschwundenen Zustand wollen sie nicht sanktionieren. Es müsse daher in dem Tarifgesetz-Entwurf die ausdrückliche Zollfreiheit besichtigt und dann im Tarif, etwa bei der letzten Nummer, ein Zoll eingesetzt werden. Ein Zoll auf Orden treffe lediglich wohlhabende Leute und stelle eine wünschenswerte Besteuerung der Eitelkeit dar. Daraufhin beschloß die Kommission einstimmig Ablehnung der von dem Regierungsentwurf vorgeschlagenen Zollfreiheit.

Als nun in der Mittwochssitzung die Sozialdemokraten Zollbefreiung der ausländischen Orden ohne Rücksicht auf deren Gewicht zu der letzten Nummer des Tarifs beantragten, kamen einige Mitglieder der Mehrheit der Kommission außer Rand und Band.

Das monarchische Gefühl, der Respekt vor den bescheidenen Souveränen werde verletzt, rief der Bayernhüpfel Hahn, es liege in dem Antrag eine Verhöhnung der Gefühle der Mehrheit, meinte der für Silberwährung und Kupferzoll angestellte Krendt, unzulässig sei ein solcher Antrag als Unterantrag zu Position 946 (Kupferwährung) behauptete der Abg. Paasche. Die verschiedenen Regierungen mußten bei der Beratung des Antrages als Unterantrag zu Nr. 946 sich von der Beratung fernhalten, erklärte der Staatssekretär Graf v. Posa d. 10. 11.

Die Antragsteller erklärten, zu einer Entrüstung liege nicht der geringste Grund vor. Orden müßten doch irgendwo rubriziert werden. Die vorgeschlagene Fassung sei ohne Widerspruch bei Beratung des Zolltarif-Gesetzes angeklagt, entspreche im übrigen der bestehenden Klassifizierung. Auch seien sie bereit, den Inhalt der Anmerkung als Nr. 947 als besonderen Abschnitt dem Tarif beizufügen. Das thäten sie auch.

Die Herren Paasche, Krendt, Hahn hatten nicht die geringste sachliche Berechtigung zu ihrer zur Schau getragenen Entrüstung. Der bestehende, geltende Tarif und das amtliche Warenverzeichnis führen unter der Ueberschrift: Nr. 20. Kurze Waren, Quincailleries und so weiter“ friedlich hintereinander auf: Ordensdekorationen, Platinblech, Platten, Rosenkränze, Schmelzriegel, Schreibfedern, Silber, Spielzeug. Wozu also der Lärm? Fürchten die Herren, daß die Ordensdekorationen, die von nicht deutschen Staatsoberhäuptern verliehen werden, trotz des Zolles auch in Zukunft nicht in Deutschland angefertigt werden und daß einmal

Es war ein titanisches, heldenhaftes Ringen.

Die Verteidiger thaten ihre Schuldigkeit, sie hatten den Fanatismus der Treue. Sie waren bezahlt, für ihren Herrn zu sterben, und sie starben.

Und das Volk that seine Schuldigkeit. Es hatte die Leidenschaft, den Geist der Revolution. Tausende fielen verwundet, verblüht, geblüht.

Die Nachrückenden füllten die Lücken aus.

Es war wie das tödliche Ringen des Löwen mit dem grausamen Königstiger.

Der Löwe Volk siegte — blutüberströmt — es war die blutigste journée (Tag) der großen französischen Revolution.

Die königliche Familie flüchtete in die Nationalversammlung.

Mit den Tulleries fiel die Citadelle des Königtums, fiel das Königtum.

Das Volk hatte seinen schlimmsten Feind besiegt, den Feind im Innern, — es hatte sich den Rücken frei gemacht und konnte nun alle seine Kraft gegen den äußeren Feind wenden. In der Kommune, dem glorieusen Ende des 10. August, schuf es sich einen Mittelpunkt des Denkens und Handelns. Die Kommune des 10. August 1792 wurde Kopf und Arm der Revolution.

Die Revolution war geteilt.

Gerettet durch das Volk.

Und die französische Revolution war nicht, wie oberflächlich Beurteiler meinen, eine Revolution der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie, soweit sie damals von einer solchen die Rede sein kann, war im Gegenteil von Anfang an der Revolution feindlich.

Alles was revolutionär, was groß ist in der französischen Revolution, ging aus von dem Volk, ist zurückzuführen auf das Volk, auf das kämpfende Volk.

Kämpfendes Volk heißt aber Proletariat.

Daß bei der geringen Entwicklung der Klassenegensätze, bei der Jugendlichkeit der modernen bürgerlichen Gesellschaft zu Ende des vorigen Jahrhunderts auch in dem politisch und ökonomisch fortgeschrittensten Lande Europas eine sozialistische Revolution nicht möglich war, bedarf keiner näheren Auseinandersetzung. Das hindert indes nicht, daß die sozialistisch-revolutionäre Bewegung des 19. Jahrhunderts in der großen französischen Revolution ihre Wiege hat, mit ihr beginnt.

Die Kämpfer der französischen Revolution, obwohl noch nicht betruht sozialistisch, waren Vorkämpfer des Proletariats, des Socialismus.

Und darum feiern wir den 10. August.

Statt Maßregeln zum Schutz der bedrohten Revolution zu ergreifen, führte sie am 7. Juli eine groteske Pötte auf: den famolen „Kuh des Amourrette“ — eine verrückte Nährkuhe — wobei sich in offenem Parlament Royalisten, Pfaffen, Girondisten, Jakobiner verzückt um den Hals fielen, allen Zwist zu vergessen, und gemeinsam, in brüderlicher Eintracht, das Vaterland zu retten schworen.

Natürlich wurde trotz des Verführungs-Russes und Schwures von dem „vaterlandslosen Gesindel“: den Royalisten und Pfaffen ruhig fortkontrolliert.

Das dritte Jahresfest des Bastillensturmes verlief finster und trübe. Die Luft war elektrisch — jeder fühlte, daß ein Ausbruch bevorstand.

Wenige Tage vorher hatte die Nationalversammlung, endlich durch die Ereignisse halb aufgeweckt, den Beschluß gefaßt, das „Vaterland in Gefahr“ zu erklären.

In ganz Frankreich sammelten sich die Freiwilligen, aus allen Teilen des Landes strömten in Paris Delegierte zusammen, welche den „Gund“ (die „Föderation“) des revolutionären Volkes bekräftigten.

Die Preußen rückten heran; die französische Armee war zerstreut — kampfunfähig. Die Tapferkeit der revolutionären Soldaten wurde durch den Verrat der royalistischen Offiziere lahmgelegt.

Ende Juli gelangte nach Paris des „Brannschweiger Manifest“, welches jeden Franzosen, der für sein Vaterland und die Revolution eintrat, für einen Rebellen erklärte und mit dem Kriegsrecht, d. h. handrechtlicher Gefangenschaft, und Paris, falls es nicht vor dem König zu Kreuze ziele, mit vollkommener Vernichtung bedrohte.

Diese wahnsinnige Proclamation fiel wie eine Bombe ins Pulverfaß — die Leidenschaften waren aufs äußerste entflammt: von der Regierung, von dem Parlament war kein Heil zu erhoffen. Im Gegenteil, die Regierung, d. h. der Hof, war das geheime Hauptquartier des Landesfeindes, und die Nationalversammlung hatte nicht den Mut der That.

Entweder war Frankreich und die Revolution verloren.

Oder das Volk mußte gegen die Regierung, ohne die Kammer das Rettungswort vortragen.

Das Volk stand auf der Höhe des Augenblicks. — Die Katastrophe nahte.

Die Preußen rückten heran. Wenige Tagemärsche trennten sie von Paris. In den Tulleries berechnete das „vaterlandslose Gesindel“ — König und Königin voran — die Stunde, wo der Landes-

auch sie mit solchen mit eintausend Mark Zoll belegten ausländischen Orden bedacht werden? Es ist sehr auffällig, daß die Schatzkammer der nationalen Arbeit sich in diesem Falle so heftig als „Agenten des Auslandes“ aufgeführt haben.

### Der reine Konsumentenstandpunkt.

Somit liegt es wohl nur noch bei den „gemischten Warenhändlern“ des Landes vorzukommen, daß der Verkäufer den Kunden allemal versichert, er sei ein geschlagener Mann, wenn er die Elle um einen Pfennig billiger lassen sollte. Das Gebaren des Grafen Pöschel, der bei jeder Elle Postamt mit der Meiste gekürzter Maßstab erklärt, man dürfe doch nicht den reinen Konsumentenstandpunkt vertreten — ganz als ob dieser Konsument ein verächtliches ausbeuterisches Angeber wäre — giebt einen Vorgeschmack von der Gefährlichkeit und kaufmännischen Gewandtheit, die der gegenwärtigen Regierung für den Abschluß neuer Handelsverträge zu Gebote steht.

Man wird bald darauf weilen dürfen, daß allemal, wenn das Värmen über den reinen Konsumentenstandpunkt am lautesten wird, der Unternehmerprofi, der erhalten oder geschaffen werden soll, am größten ist, und der Produzentenstandpunkt der Regierung am stärksten hervortritt. In einer jüngst bei Gott. Schmidt in N. e. m. s. d. erschienenen Broschüre „Deutschland am Scheidewege. Ein letztes Wort zur wirtschaftlichen Klärung“ von Heinrich Vöcker wird festgestellt, wie der so überbelebte inländische Konsument vom Produzenten Montanindustrie behandelt wird. Hoffen, das die Löhne zu 45 M. dem Ausland geliefert wird, muß das Inland zu gleicher Zeit mit 60 M. bezahlen. Schmelzwerke Träger stellen sich für das Ausland auf 66 M., für das Inland auf 97 1/2 M., resp. auf 92 M. für das Ausland und 110 M. für das Inland. Bei Stählen stellte sich das Verhältnis auf 100 und 125 M., bei Stahl in Wäden auf 64 und 92 M., bei Eisenbahndrähten auf 105 und 160 M., resp. auf 85 und 115 M. Walzdraht und Drahtstifte deutscher Herkunft kosteten gleichzeitig im Auslande 140 M., im Inlande — 250 M.!

Diese ungeheuerliche Preistreibe und die Rücksichtslosigkeit, mit der die großen Verbände den inländischen Konsumenten begehnen, lassen es diesem nach Vöcker manchmal räthlich erscheinen, **deutsche Erzeugnisse lieber aus dem Auslande, als vom Ursprungsorte selbst zu beziehen.** Es rentiert sich nämlich besser, Zoll und Nachfrucht zu bezahlen, als das Produkt im Lande selbst zu beziehen.

Herr Vöcker nun, der den „reinen Konsumentenstandpunkt“ gegenüber der Montanindustrie so entschieden vertritt, daß er die Preistreiber der mächtigen Verbände am liebsten geschlechtlich verbieten möchte, spricht offensichtlich, wenn auch nicht offiziell, selbst wieder im Namen eines großen, freilich nicht so einflussreichen Produzenten, nämlich der deutschen Eisenindustrie. Die „kaufhafte Lage der ganzen deutschen Eisenindustrie“ erklärt er damit, daß sich die Eisenindustrie durch ihre Handelspolitik selbst den inneren Markt ruinieren, da infolge der billigen Einfuhr der Montan- und Großindustrie auf Kosten des Inlandes, die Kleinindustrie schlechter gedeihen muß als die konkurrierende ausländische.

Graf Pöschelwsky hat sich bei der Beratung der Eisenölle damit gerühmt, daß er die sozialistische Literatur studiere und bei Schypel die Ablehnung des reinen Konsumentenstandpunktes gefunden habe. Daß er mit dieser Entfaltung gerade dort kommen möchte, wo es sich für die Anhänger der Volkfreiheit gar nicht um die Verteilung eines „reinen Konsumenten“, sondern um die Verteilung ganz hervorragender Produzenten handelte, beweist, daß der eifrige Student vom Verständnis der sozialistischen Literatur auch in diesem Punkte noch recht weit entfernt ist. Er hätte sonst auch einsehen müssen, daß der Rückzug zum „reinen Konsumentenstandpunkt“ für die Sozialdemokratie dann geboten ist, wenn dieser Standpunkt im Kampfgeschehen der Interessenten als der einzige „reine“ erscheint, während der Produzentenstandpunkt der eisernen Heimatpolitik dieses schändliche Verwort kaum mehr verdient.

**Wehrkraft und Ausbeutung.** Bei seinem Besuche, die Parforcemärsche von Paderborn zu reorganisieren, hat der kommandierende General des siebenten Armeecorps Herr v. Bissing in Nr. 175 unseres Blattes bekanntlich unter anderem erklärt, daß die „zwar anstrengenden aber keineswegs ungeheuerlichen“ Übungen mit einem Reserve-Regiment vorgenommen worden seien, „welches sich aus Reservisten und Wehrleuten in der Volkskraft der Jahre zusammensetzte“. Komme man sich mit dieser Verühmung auch nicht zufrieden geben — denn alles Wesentliche, das über die lebensgefährlichen Truppenübungen behauptet worden war, wurde durch die Berichtigung b e s t ä t i g t — so möchte man doch aus den Darlegungen des Generals die Vorstellung mitnehmen, es hätte sich um ein Regiment kraftstrotzender Mäner gehandelt, dem bedeutende körperliche Leistungen ohne weiteres zuzutragen wären.

Indes hat der General, der in seinem Berichtsdrange auch noch einen zweiten Blatte öffentliche Mitteilungen über den vielbesprochenen Fall zukommen ließ, den Standpunkt seiner Verteidigung vollständig geändert. Während im „Vorwärts“ die „Volkskraft der Jahre“ die anstrengenden Übungen rechtfertigen soll, wird im „Münsterischen Anzeiger“ hinwiderum erklärt, es habe sich hauptsächlich um „schwächliche Arbeiter aus den Bergwerken des Ruhrreviers“ gehandelt, die eben auch die systematisch gesteigerten Anstrengungen, durch die man sie „widerstandsfähiger“ machen wollte, nicht ertragen hätten.

Der Widerspruch, in dem sich der dementierende General des siebenten Armeecorps augenscheinlich verwickelt hat, läßt sich freilich durch die Thatsache auf, daß die Sklaven der chemisch-westfälischen Gubenbarone auch in der Volkskraft der Jahre „schwächliche Leute“ sind und daß die patriotischen Kohlenbarone in den Knochen ihrer Arbeiter eben nicht viel Kraft übrig lassen, die dem Vaterlande zu gute kommen könnte. Es handelt sich also bei der doppelten Verhöhnungsmanier des Generals, wenn auch nicht gerade um einen Widerspruch der Thatsachen, so doch um eine auffällige Verschiedenheit der „Anuancierung“. Dementieren ist oft schwieriger als kommandieren: fast würde es sich — um ähnliche Beschwörlichkeiten zu vermeiden — empfehlen, in jedes Regiment für vorkommende Fälle einen besonderen Regiments-Schweineberg einzustellen. Dem würde es sicherlich nicht passieren, daß er das industrielle Ausbeuterium beschuldigt, daß es selbst Männern in der Volkskraft der Jahre die Wehrfähigkeit verleiht!

Warum aber der General gerade dem „Vorwärts“ diese bemerkenswerten Thatsachen verschwiegen hat?

**Die neuen Kanonenboote kommen doch!** Triumphierend stellt Schweineberg, der die Nachricht zuerst gebracht hatte, fest:

„Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Post“ haben endlich das Flottengeleze durchgesehen und gefunden, daß in einem *Marine-Cat* sehr wohl Kanonenboote von in diesem Geleze erwähnten Schiffen enthalten sein können, o h n e d a ß d e r G e s a m t e r a h m e n d e s Flottengelezes überschritten wird. Sie schweigen infolgedessen nach der Aktion, die wir ihnen erteilt haben, beharrlich. Das genügt wohl, um zu zeigen, wie verfehlt das angebliche Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ „gegenüber“ unsrer Mitteilungen über den nächstjährigen Marine-Etat war.“

Wir meinten schon neulich, daß der „Gesamttrahnen“ des Flottengelezes sehr, sehr weit sei.

**Verichtigung.** In der Hoyntabelle unsres gestrigen Artikels: „Zur Kritik der preussischen Wahlen“ hat sich ein kleines Versehen eingeschlichen; obgleich dadurch ein wesentlicher Unterschied nicht be-

dingt wird, drucken wir die Tabelle, die ja auch für die Behörden von großer Wichtigkeit ist, noch einmal ab:

Es werden 1908 haben		
600—700 Wahlmänner . . . . .	12	Wahlkr. mit 26 Abg.
700—800 . . . . .	10	„ 24
800—900 . . . . .	7	„ 17
900—1000 . . . . .	2	„ 5
1000—1100 . . . . .	1	„ 3
1100—1200 . . . . .	5	„ 13
1200—1300 . . . . .	1	„ 3
1300—1400 . . . . .	1	„ 2
1400—1500 . . . . .	4	„ 10
2000—2500 . . . . .	1	„ 2
2500—3000 . . . . .	3	„ 7
3540 . . . . .	1	„ 3

Über 600—3540 Wahlmänner werden haben 48 Wahlkr. mit 115 Abg. Die seit gedruckten Ziffern sind richtig gestellt.

**Auch verfehlte!** Die „Freisinnige Zeitung“ erzählt: Der frühere Provinzial-Steuerdirektor Löbning hat bekanntlich in seiner Darstellung des gegen ihn beliebten Vorgehens berichtet, daß das Verfahren gegen ihn auf Grund von Mitteilungen des Ober-Regierungsrats Geis im Ministerium vom Finanzminister beschlossen worden sei. Löbning beruft sich ferner darauf, daß Ober-Regierungsrat Geis mit dem Oberst des 6. Infanterie-Regiments, bei dem der Vater der jetzigen Frau Löbning früher Feldwebel gewesen, in Polen in einem Hause wohnte, und daß Geis erzählt hat, die Offiziere des 6. Regiments hätten ihn höhnend auf seine demnächstige „neue Chefesse“, die Tochter eines früheren Feldwebels, hingewiesen. — Es möchte überaus, wenn gerade Ober-Regierungsrat Geis sich durch den Hinweis, daß seine „neue Chefesse“ die Tochter eines Feldwebels sei, hätte verlezt fühlen sollen; denn der Stiefvater des Herrn ist ein — früherer Feldwebel. Wie uns nämlich von durchaus zuverlässiger Seite berichtet wird, heiratete, nachdem Ober-Regierungsrat Geis seinen Vater früh verloren hatte, seine Mutter einen Feldwebel-Regler, der den jetzigen Ober-Regierungsrat Geis erzogen hat. Später hatte der Feldwebel Regler in Berlin die Stelle eines Subalternbeamten in einem Ministerium inne.

**Ein Fremdwort.** Wolf hat aus Reval telegraphiert, daß bei der Parade-Abnahme der kommandierende General, Baron Döberhoff, kolonisierte.

Man hat in diesem Ausdruck, indem man ihn als „T o t a u - i e r t e“ aufnahm, einen besonders heftigen Beweis für die deutsch-russische Intimität sehen wollen. Das ist aber ein Mißverständnis. Der General hat nicht den Koutan gemacht, sondern nur — das bedeutet das militär-technische Fremdwort — die Truppen an der Seite begleitet!

**Paradepolitik.** Daß auch das Centrum, wie es seiner Stellung als regierende Partei entspricht, dekorative Postill zu treiben versteht, soll nach der „Germania“ am 24. August aus Anlaß der Generalversammlung der Katholiken in Mannheim betonen werden. Ein Festzug wird geplant, der an „Glanz und Umfang“ alle bisherigen katholischen Kundgebungen überbieten soll. Das nationalliberale Badische Korrespondenzbureau hat nun die geistreiche Frage aufgeworfen, welche Empfindungen die sozialdemokratischen Arbeiter angesichts dieser Centrumsparade haben müßten. Offenbar doch sehr verquälte! Sind zu Störungen des Festzugs, die das nationalliberale Organ fürchtete — erhofft, werden sie g e w i ß wenig Lust haben.

**Das Centrum triumphiert über die Kunst!** Aus München wird telegraphiert: Die Kammer der Abgeordneten lehnte mit den Stimmen des Centrums gegen die Stimmen der übrigen Abgeordneten die von der Kammer der Reichsräte wieder hergestellten **Forderungen für Kunstzwecke im Kultus-Etat heute nochmals ab.** Die Forderungen sind hiermit endgültig gestrichen. Ob die Schwarzgen dieses Sieges froh werden?

### Eine Centrumschlapp.

München, 5. August. (Fig. Ver.) Eine Aufgabe, um die sich der bayerische Landtag und die Regierung lange ängstlich herumgedrückt haben, ist die Revision der Gehaltsregulativ für die Staatsbeamten und Bediensteten. So lange die Sozialdemokratie in unserm Landesparlament vertreten ist, hat sie diese Forderung erhoben; aber erst als vor wenigen Jahren ein wahrer Petitionssturm auf den Landtag eröffnet wurde, kam die Sache in Fluß. Um nun wenigstens die Beamten etwas zu beruhigen, wurde ihnen in Aussicht gestellt, daß in der gegenwärtigen Landtagsperiode zunächst einmal Wohnungsgeldzuschüsse bewilligt werden sollten. In der That befand sich im Budget ein Postulat von 4 Millionen für diesen Zweck. Erst am Ende der Session jedoch, vor ungefähr vier Wochen, legte die Regierung die eigentliche Vorlage vor, die von einer umfangreichen und recht interessanten Denkschrift über die Wohnungsverhältnisse der Staatsangestellten begleitet war. Was die Vorlage selbst betrifft, so ist sie zwar in einzelnen Teilen recht ansehbar, schlägt aber innerlich auch für einzelne Kategorien Zuschüsse vor, die eine nicht unerhebliche Aufbesserung bedeuten. Aber die Sache hat doch einen Haken: es ist angeblich kein Geld mehr vorhanden. Um nun die teilweise in wirklicher Not befindlichen Angestellten nicht abermals zu enttäuschen, schlug die sozialdemokratische Fraktion vor, man möge, um die nötigen Mittel für die Aufbesserung wenigstens der unteren Kategorien zu gewinnen, Zuschläge zu den direkten Steuern in der Weise erheben, daß man die niedrigsten Steuerklassen davon freiläßt. Darauf wollten aber weder die Liberalen noch das Centrum eingehen.

Inzwischen bemächtigte sich nun der so um ihre Hoffnungen geprellten Bediensteten eine ungeheure Aufregung, die dem Centrum insofern nicht ganz gleichgültig sein konnte, als es selbst einige große Bediensteten-Verbände organisiert hat, bei welcher Gelegenheit man es natürlich an den nötigen Versprechungen nicht fehlen ließ. Um wenigstens die größte Aufregung zu beseitigen, erklärte darauf das Centrum, man werde eine Art Notstandsverordnung machen und die am Kultusbudget abgestrichenen Summen für die Aufbesserung der niedrigsten Bediensteten verwenden, deren Besoldung die Jahreshöhe von 1020 M. nicht übersteigt. Die Sache wurde nochmals an den Ausschuss zurückverwiesen, wo das Centrum einen Zuschuß von ganzen — 30 M. jährlich in Vorschlag brachte. Abg. v. Bollmar beantragte, wenigstens 45 M. die gewöhnliche Aufschlagssumme, zu gewähren. Das Centrum stimmte jedoch diesen Antrag nieder und setzte 38 M. fest. Gestern kam nun die Sache wieder ins Plenum und Bollmar benutzte die Gelegenheit, das Vorgehen der Mehrheitspartei in der schärfsten Weise zu kritisieren. Er stellte besonders die Frage, wie man es verantworten könne, die Bediensteten zu prellen, während man erst vor wenigen Tagen für die G e i s t l i c h e n - a u f b e s s e r u n g über eine Million jährlich bewilligte. Das Centrum geriet darüber in große Aufregung und polemisierte lebhaft gegen Bollmar, betonte, es würde gerne mehr geben, ließ aber keinen Zweifel bestehen, daß es den Ausdrucksantrag durchdrücken wolle. Als dann die Debatte gänzlich erschöpft war und der Referent eben das Schlußwort nehmen wollte, brachte Bollmar plötzlich seinen Antrag auf Bewährung von 45 M. wieder ein. Das Centrum kam dadurch in die peinlichste Verlegenheit und interpellierte den Finanzminister, wie dieser sich zu der Sache stelle. R i e d e l aber stellte sich, als ob er den Wink nicht verstände und erklärte, weder für den einen, noch für den andern Antrag sei eine Meinung vorhanden, da das Budget ohnehin mit einem Defizit abzuschließen werde. Wenn die Kammer jedoch die Verantwortung übernehmen wolle, so habe die Regierung gegen den Antrag Bollmar nichts einzuwenden. Jetzt sah das Centrum natürlich erst recht in der Schlinge, denn es war klar gestellt, daß die Höhe des Zuschusses nur von ihm abhängige. Um Zeit zu gewinnen, wurde ein Antrag auf Verlaugung eingebracht.

In der heutigen Sitzung gab dann der ultramontane Führer Dr. v. D a l l e r die Erklärung ab, seine Partei werde zwar für den Antrag Bollmar stimmen, doch nicht etwa unter dem Druck der sozialdemokratischen Kritik, sondern ganz freiwillig.

Das Centrum sieht sich durch die Völschung seines nichtigen Treidens in eine peinliche Verlegenheit versetzt und wird die Folgen sicherlich an dem Mitgliederstand der christlichen Bediensteten-Verbände spüren, die man bisher nur durch beständige Versprechungen zusammenhalten konnte. Daß man das Centrum damit an einer seiner empfindlichsten Stellen getroffen hat, dafür liefert den besten Beweis die ultramontane Presse, die ein großes Geschrei anhebt über den „socialdemokratischen Gimpelsang“.

### Ausland.

**Der Verlust von Marseille. — Die Miller Stichwahl.**

Paris, 5. August. (Fig. Ver.) Die Gemeinderats-Stichwahlen in Marseille haben den vollständigen Sieg des bereits von uns gekennzeichneten bürgerlichen Kartells gebracht. Die Liste der bürgerlichen Mehrheit ist durchgängig unterlegen. Ihr Spitzenmann erhielt 27 911 gegen 26 179 Stimmen des Spitzenmannes der Kartellliste. Danach haben die Sozialisten über 4000 Stimmen mehr als im ersten Wahlgange erhalten, während der Zuwachs des Kartells über 6000 Stimmen beträgt. Gegenüber den vereinten bürgerlichen Parteien — von den Radikalen bis zu den liberalen Monarchisten — konnten die Sozialisten nicht ihre seit zehn Jahren innegehabte Position behaupten.

Man begreift den inneren Jodel der Bourgeoispartei über die sozialistische Niederlage in der seit der Volkszählung von 1900 zweiten größten Stadt Frankreichs. Und die Wucht dieser Niederlage wird nicht dadurch vermindert, daß das bürgerliche Kartell sich nebenbei eine „socialistische“ Wasse hat anlegen müssen. Schon die Möglichkeit, von einer solchen Wasse Gebrauch zu machen, weist auf ungeheure sozialistische Vorteile hin, und desto mehr der Erfolg dieses demagogischen Kniffes. Unter sonst normalen Verhältnissen müßte insbesondere nach einer zehnjährigen sozialistischen Herrschaft dieser Kniff dem Kartell verderblich werden. So aber hat sich die prinzipiell unklare Wasse den „antifolkloristischen Sozialismus“ des Ordnungsbereichs ruhig bieten lassen.

Im einzelnen läßt sich das Wahlergebnis von hier aus nicht beurteilen. Rameau mag dahingestellt bleiben, welchen Teil an der Niederlage die Mängel der bisherigen Stadtverwaltung, die bedrückte finanzielle Lage der Stadt, und welchen Teil an der Niederlage die Mängel der sozialistischen Aktion und Organisation haben. In letzterer Hinsicht sei nur bemerkt, daß Marseille zu den Orten gehört, die am meisten unter der Zerfahrenheit der allgemeinen französischen Parteiverhältnisse gelitten haben. Ursprünglich guesdistisch, seit dem letzten Parteistreit jaureffisch, sind die sozialistischen Hauptkräfte von Marseille zuletzt ganz „autonom“ geworden, nachdem sie auch aus der jaureffischen Landesorganisation ausgetreten sind, obwohl sie dieser in der Hauptsache nahe genug stehen. Die vorläufige lokale autonome Selbstherrlichkeit und die ihr entsprechende Stufe der sozialistischen Erkenntnis und Aktion überhaupt haben jedenfalls das Jähre zum traurigen Wahlergebnis beigetragen.

Das Verhalten der Marseiller Radikalen, ihre Kartellierung mit den reaktionären Parteien gerade in einer Zeit, wo im Parlament ein Kartell der Linken herrscht, zeigt wieder einmal die innere Zerfahrenheit der französischen Radikalen, ihre geringe Zuverlässigkeit, sobald ein naheliegender greifbarer Vorteil ihnen winkt.

Gleichzeitig mit den Marseiller Radikalen haben die von P i l l e der Reaktion Vorwand geleistet und zwar — wenigstens zunächst — ganz uneigennützig. Der guesdistische Stichwahlkandidat für die Kammer, Genosse Ghesquiere, ist dank dem Verrat der Radikalen wieder unterlegen, wie schon in den allgemeinen Kammerwahlen. Der Melinist wurde mit 6413 gegen 5513 guesdistische Stimmen gewählt. Im ersten Wahlgang war die Stimmenverteilung: Ghesquiere 5125, Monte (Melinist) 5842, Berquin (Radikaler) 1152. Die Radikalen hatten, wie gemeldet, ihre Kandidatur „einfach“ zurückgezogen, d. h. den reaktionären Sieg gesichert.

### Arbeiterbewegung in Transvaal.

London, 4. August. (Fig. Ver.) Unse deutschen und englischen Genossen in Johannesburg entfalten gegenwärtig eine Agitation, die die Aufmerksamkeit des europäischen Proletariats verdient. Vor einigen Wochen standen dort die Engineers (Mechaniker) im Streit, da sie sich der Einführung der Accordarbeit widersetzen. Der Streit war erfolgreich. Bald darauf bildeten die Arbeiter eine politische Organisation, eine Art Sicherheitskomitee zur Wahrnehmung der Arbeiterrechte. Nach einer heutigen Depesche aus dem Witwatersrand stellte die Organisation folgendes Programm auf:

1. Wahlrecht für alle weißen Arbeiter im Alter von 18 Jahren.
2. Besteuerung des Grund und Bodens, so daß der unbediente Zuwachs der Bodenwerte dem ganzen Volke zu gute kommt.
3. Gleiche Wahlkreise.
4. Wahltermin in ganzen Lande auf einen und denselben Tag anzusetzen, der als Feiertag zu betrachten ist, wobei die Trinklokale und Wirtschaften zu schließen sind.
5. Gehelme Abstimmung.
6. Diäten für Abgeordnete.
7. Auch das Oberhaus ist durch das allgemeine Stimmrecht zu wählen.
8. Achtstundentag bei allen staatlichen und städtischen Arbeiten.
9. Strikte Arbeiterschutz-Gesetzgebung; Verbot des Schwirgelsystems.
10. Rationalisierung der Eisenbahnen und Telegraphen.
11. Municipalisierung der Straßenbahnen, der Wasserzufuhr und der Beleuchtung.
12. Verbot der asiatischen Einwanderung.
13. Obligate Schiedsämter.
14. Festsetzung eines Minimallohnes für weiße und schwarze Arbeiter.
15. Bodengesetzgebung nach neuseeländischem Muster.
16. Progressive Einkommensteuer, angefangen mit 500 Pfd. Sterling.
17. Föderation Südafrikas, falls ein vorzunehmendes Plebiszit sich dafür auspricht.

Die Kapitalisten haben dieses Programm vorläufig damit beantwortet, daß sie Vorbereitungen treffen, **chinesische Kulis** nach Südafrika zu bringen.

### Die Vorensführer in Europa.

Steijn, der ehemalige Präsident der Oranje-Freistaaten ist, wie schon gemeldet, mit dem *Carlsbroke Castle* in Southampton angekommen und hat sich sofort auf ein holländisches Schiff, das im Hafen auf ihn wartete, transportieren lassen.

Der Präsident, der die Seele des heroischen, fast übermenschlichen Kampfes der Boeren gegen die Engländer gewesen, kommt nach Europa, um seine vollkommen zerrüttete Gesundheit wiederherzustellen. Unter den vielen bewundernswürdigen Männern, welche der südafrikanische Krieg herangezogen hat, nimmt Steijn, was echten Patriotismus, Aufopferungsfähigkeit und Mut anlangt, einen der ersten Plätze ein. Von dem Tage an, da die südafrikanische Politik der Engländer über deren Absichten keinen Zweifel mehr ließen, hatte Steijn begriffen, daß das Schicksal der Oranje-Freistaaten unlöslich mit dem Transvaals verknüpft sei; entweder würden beide frei bleiben oder sie würden beide aus der Reihe unabhängiger Staaten verschwinden.



**Zölle auf Metalle.**

98. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 6. August.

Am Stelle Geheers ist Bernstein in die Kommission eingetreten.

**Unterabschnitt E, Zinn und Zinnlegierungen.** umfasst die Positionen 860 bis 863. Kobalt, 860, wird freigelassen. 861, Zinnblech, 8 M.; 862, Draht, 8 M.; 863, grobe Zinnwaren, 6 M., seine 24 M. Anmerkung: Zinnmineralien und Waren daraus werden wie Zinn und Zinnwaren behandelt.

**Paasche** beantragt für Zinnwaren eine andre Einteilung und Zollsätze von 6 und 24 M. für grobe, 80 und 24 M. für verarbeitete, für seine 50 resp. 30 M. Zoll.

**Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.**  
**Wolfskuhr** wendet sich gegen den Antrag Paasche, der nach einer Petition der Eisenhändler Handelskammer abgeschrieben sei und die Verhältnisse geradezu auf den Kopf stelle; die Einfuhr von Zinnwaren übersteige die Einfuhr in überwältigender Weise, während Kobalt im Inland nur in minimaler Menge gewonnen werde. Die Petition spreche ebenfalls von billigen ausländischen Zöllen, er, Medner, habe gestern bereits die Grundlosigkeit dieser Einwände nachgewiesen.

In der Debatte beteiligen sich Paasche, Gothein, Müller-Sagan und Geheimrat Radau.

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen, ebenso die Anmerkung.

**Unterabschnitt F, Nickel und Nickellegierungen.**

Die Positionen 864—868 werden verbunden, 864, Nickel frei; Nickel geschnitten, 865, 12 M.; Draht, 866—12 resp. 15 M.; 867, Nöhren z. 30 M.; 868, Waren aus Nickel 60 M.

**Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.**

**Gothein** beantragt zu 868, Draht 12 M.

**Wolfskuhr** hebt die durch die Einfuhr befähigte Entwicklung der Nickelindustrie hervor, die jeden Zollschutz unnötig mache.

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen; ebenso die Anmerkung.

**Unterabschnitt G, Kupfer und Kupferlegierungen.**

Die Positionen 869—873 werden verbunden, 869, Kupfer frei; 870, Stangen, Bleche z. 12 M.; 871, Eisenblech mit Kupferdraht umspannen 12 M.; 872, cementierter Draht 15 M.; 873, Drahtgitter und -Seile 15 M.

**Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.**

**Wolfskuhr** beantragt zu 869, Kupfer 6 M.

**Gothein** beantragt zu 871, Kupferdraht zu fügen mit 872 zu streichen; zu 873 — 12 M.

**Wolfskuhr**: Die Kupferwaren-Industrie werde von dem von ihm beantragten Kupferzoll fast gar nicht betroffen. Die in der Kommission zu Tage getretenen Interessensgegenstände unter den Schutzdauern könnten ihm den Schutzvoll beinahe verleiern. Aber die Lage der Kupferproduktion erfordere einen Schutz. Man habe auf die Hilfsmittel der Konfektionsindustrie Zölle gelegt, deswegen werde deren Exportfähigkeit nicht gemindert. (Widerspruch.) Um den deutschen Markt vor Ueberschwemmung mit amerikanischem Kupfer zu bewahren, müsse ein Zoll angelegt werden.

**Graf Rautz** beantragt 8 M. Zoll auf Kupfer und begründet seinen Antrag mit Beziehung auf den amerikanischen Kupferzoll, der jetzt die Preise drücke, um die Kupferproduktion überall zu Grunde zu richten, um dann allein die Preise machen zu können. Der Kupfer arbeite mit 155 Millionen Dollar. Es sei unerhörtes Unrecht, daß das billige amerikanische Kupfer zollfrei bei uns eingeführt werde, während Amerika müsse dahin ausführenden Kupferwaren mit hohem Zoll belegen.

**Bernstein**: Es steht fest, daß die deutsche Kupferproduktion den inländischen Bedarf nicht deckt und von einer Notlage der Kupferproduktion nicht geredet werden könne. Der Zollsatz Arndts bedeute eine prozentige Steigerung des Preises, das falle für die Industrie schwer ins Gewicht. Zwar liege eine Petition aus dem Kreise Eisenhändler vor, in der auch Arbeiter für einen Kupferzoll eintreten. Der Petition spreche keine Erläuterung voraus, fraglich, ob die Leute wüßten, was sie unterschrieben, besonders, da die Bergarbeiter in jenem Kreise unter einem merkwürdigen Druck stehen. Die Sozialdemokratie könne keine Ausnahme zu Gunsten eines Produktionszweiges zulassen, sie müsse das Interesse und Wohl der Allgemeinheit im Auge haben. Der Zoll auf Kupfer würde die englische Kupferwaren-Industrie auf Kosten der deutschen stützen; er würde auch nicht genügen, den von den Vordrängern angedeuteten Preisbereich des amerikanischen Kupfers entgegenzuwirken, hier könnte im Notfall auch nur ein Einfuhrverbot helfen. Falls die Pläne des Kupfers unsere Produktion wirklich schwer bedrängen würde, dann würde man in diesem Sinne unsere Hilfe finden. Medner meint gegenüber den jüngst von Handelsminister Müller gemachten Behauptungen, er halte es für ausgeschlossen, daß England je die Handelsfreiheit aufgeben werde, denn damit würde es seiner Industrie den Todesstoß versetzen. Nicht trotz, sondern wegen seines Freihandels zeige England Industrie, als Ganzes genommen, sich der drängenden Konkurrenz der anderen Industrieländer so widerstandsfähig. Wenn der Konsum im Inlande nicht Schritt halte mit der Produktion, dann müsse der Konsum zu heben veranlaßt werden, indem man die Preise der Waren so billig wie möglich halte und so die Kaufkraft erhöhe. Medner polemisiert gegen Müller-Sagan, der ihn in Gegenwart zu den Ansehungen Geheers habe bringen wollen. Allerdings erhalte die breite Konsumentenmasse in heutiger Zeit eine größere Bedeutung als früher, ihre Interessen müßten in der vorhin geschichteten Weise wahrgenommen werden, das stütze die Produktion. Im Gegensatz zu den Produzenten ständen die Interessen der Konsumenten.

In der Kupferindustrie wünsche man keine Belastung des Kupferzolls, wir werden uns also dagegen wenden, daß die Kupferwarenindustrie geschädigt wird. Es liege auch kein Grund für einen Zoll auf Kupferdraht vor, denn auch dieser Industriezweig sei konkurrenz- und exportfähig. Man könne keine Zollmauern um Deutschland ziehen, die Zollschranken herabzusetzen. Im Interesse der Gesamtwirtschaft müsse man für Zollfreiheit eintreten. Die Anträge auf Zollfreiheit entsprächen der einzig richtigen Wirtschaftspolitik.

**Wolfskuhr** beantragt zu 870, statt 12 M. 5 M. zu legen.

**Gothein** erklärt, man habe schon manchmal gehört, daß der Mansfelder Bergbau im Niedergange begriffen sei, aber er sei immer wieder in gute Lage gekommen. Medner erwidert dann die Preis- schwankungen des Kupfers. Die Preise für Kupfer, Eisen oder ähnliche Rohstoffe gingen in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression in der Regel zurück, dagegen hüße kein Zoll. Es sei doch nicht der Zweck des Kupferzolls, die Preise auf die Dauer niedrig zu halten. Bei der Preissteigerung nach oben profitiere dann auch der Mansfelder Kupferbergbau.

**Graf Posadowsky**: Als ich vor ca. 8 Jahren einmal Zweifel über das Zustandekommen von Petitionen äußerte, wurde mir das von der linken Seite sehr übel genommen. Es sei zweifelhaft, ob den Arbeitern gebietet sei, wenn alle Waren so billig wie möglich hergestellt und verkauft würden, wie Bernstein geäußert habe. Arndt habe eine gewisse Unbill bezüglich der Schutzpolitik in der Kommission empfunden, aber die Meinungsmeinung werde besonders erweitert, wenn man sehe, daß Leute, die sonst freihändlerisch seien, Preisbilligkeit verlangen auf Waren, die sie selbst herstellen lassen. Er meine damit kein Mitglied der Kommission und des Reichstags. Der deutsche Kupferbedarf könne mit deutschem Kupfer nicht gedeckt werden. Dabei solle ins Gewicht, daß Kupferwaren stark angeführt würden; deshalb ersuche er, jeden Kupferzoll abzulehnen. Im allgemeinen müßten Rohstoffe zollfrei bleiben; wenn zuweilen von

dieser Regel abgewichen sei, so hätten wirtschaftliche Gründe dazu den Anschlag gegeben.

**Geheimrat Blau** tritt für die Vorlage ein.

**Arndt** wendet sich ebenfalls gegen Bernsteins Ausführungen über die Verbilligung der Waren. Wenn die Billigkeit der Waren das beste sei, dann würde China als Idealstaat zu gelten haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Hohe Warenpreise ermöglichen höhere Löhne.

**Müller-Sagan** kritisiert die beregte Petition aus dem Wahlkreise Arndts. Sonderbar sei, daß auch die unterzeichneten Postbeamten dieses Wahlkreises für den Kupferzoll schwärmten und gegen den Tarif der Regierung petitionierten. Gerade daran zeige sich, wie Petitionen leichtfertig fabriziert würden für Sonderinteressen. Medner wendet sich dann gegen den beantragten Zoll.

**Jorns** weist auf den Bericht der Mansfelder Gewerkschaft nach, daß dieselbe schon gut prosperiere, nur habe sie das bekannte Unglück des Wasserandrucks zu überwinden gehabt. Die von Arndt angeführte Petition mit 25 000 Unterschriften für den Kupferzoll sei also grundlos. Die Kupfer-Industrie dürfe nicht belastet werden. Er könne persönlich mitteilen, daß die Mansfelder Gewerkschaft nicht nur die Produktionskosten decke, sondern einen erheblichen Ueberschuss mache.

**Bernstein** erwidert dem Staatssekretär, daß der Mansfelder Petition auch nicht ein Buchstabe als Erklärung, um was es sich handle, vorgebracht sei. Was die Billigkeit der Waren anlangt, so müsse die Technik gehoben werden, die billige Preise ermöglichen, ohne daß ein Druck auf die Löhne eintritt. Arndt erwidere er, Indien stehe gerade wegen seiner niedrigen Löhne wirtschaftlich tief.

**Wolfskuhr** bestritt dem Staatssekretär in persönlicher Bemerkung, daß eine seiner früheren Bemerkungen so gedeutet werden könne, daß die sozialdemokratischen gestellten Anträge auf Zollfreiheit nicht aus sachlichen Gründen gestellt worden seien.

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

**Der Vorsitzende** bemerkt vor der Weiterberatung, daß die auf Nr. 865 gedruckten Anträge der Sozialdemokraten ihm vor der Drucklegung nicht vorgelegt worden seien, sonst würde er verhindert haben, daß die beantragte Anmerkung: „Ordnung, auch wenn sie von Souveränen verliehen worden sind, nach Beschaffenheit des Materials ohne Rücksicht auf das Gewicht, keinesfalls unter 1000 Mark für jedes Stück, zu bezwollen.“ als Anmerkung zu Position 868, Rinderpeltzen, gedruckt worden sei. Daran knüpft sich eine Geschäftsordnungs-Debatte, nach der der Vorsitzende erklärt, er werde eine neue Druckfassung Nr. 865 herstellen lassen, ohne diese Anmerkung; er habe indes nichts dagegen einzuwenden, daß diese Anmerkung unter einer anderen Positionnummer gedruckt werde.

Position 874, Salzen mit einer mehr als 5 Millimeter starken Kupferhaut 18 M.; Druckplatten 30 M.

**Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.**

**Wolfskuhr** beantragt statt 18 M. zu legen: 8 M.

**Wolfskuhr** weist auf den Schaden hin, den der Zoll dieser Industrie zufüge. Durch diesen Schaden werde die Kapeten-, Statten- usw. Druckerei mit betroffen, ebenso die Buchdruckerei.

**Arndt** begründet seinen Antrag.

**Graf Posadowsky** betrachtet diesen Zoll als Erziehungszoll und rücht die Vorlage anzunehmen.

**Jorns** erklärt die Entstehung dieser Industrie in Deutschland und tritt für den Zoll ein.

**Gothein** empfiehlt den Antrag Arndt, während Deumer ihn bekämpft.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Position 875, Metallstich, Vordruckwalzen 30 M.

**Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.**

**Gothein** beantragt 18 M.

**Wolfskuhr**: Die Einfuhr aus Oestreich sei geringer als die Einfuhr aus dem Reich, der Wunsch der Petenten, wegen der Konkurrenz Oestreichs den Zoll zu erhöhen, sei darum unberechtigt.

**Wolfskuhr** fügt hinzu, wenn Oestreich einen höheren Zoll habe, diese man doch deshalb nicht unsere Papierindustrie dafür bestrafen, denn sie werde den Schaden von dem Zoll haben. Deshalb sei Zollfreiheit geboten.

**Regierungsrat Martin** tritt für die Vorlage ein; ein Schaden für die Papierindustrie würde sich wohl nicht beziffern lassen.

**Wolfskuhr** erwidert, ziffermäßig lasse sich der Schaden für die Papierindustrie wohl berechnen, denn nach diesem Zoll werde sie 20 M. pro Doppelcentner mehr als bisher für die in Frage stehenden Hilfsmittel bezahlen müssen.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Die Positionen 876—890 werden verbunden, 876, Hans- und Küchengeräte, unlackiert, unpoliert 24 M.; lackiert, poliert 30 M. 877, grobe Waren 18 M.; 878, andre 30 M.; 879, Kupfer, Tombak, Messingwaren 60 M.; 880, feine Waren 60 resp. 30 M.

**Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.**

**Gothein** beantragt zu 876 — 18 resp. 30 M.

**Bernstein** hält den Zoll nach seiner Seite für berechtigt. Er scheine nur als Kompensationsobjekt dienen zu sollen; aber als solches habe er keinen Wert in Rücksicht auf die Produktions- und Ausfuhrbeziehungen der in Betracht kommenden Länder. Die Beziehungen zu anderen Ländern dürften nicht gestört werden.

**Regierungsrat Martin** tritt für die Vorlage ein.

Zu Position 876 wird der Antrag Gothein, die übrigen Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

**Unterabschnitt H, Waren, nicht unter A bis G fallend, aus unedlen Metallen oder aus Legierungen unedler Metalle.**

848, Aluminiumgepinnt, wenn der Kern besteht aus Seide 500 M., aus andern Spinnstoffen 200 M.; 882, Draht, vergoldet 150 M., verfilbert 100 M.; 883, unedles Gold- und Silbergepinnt, Kern: Seide — 800 M., aus andern Spinnstoffen 250 M.; 888 andre Geppinnte aus unedlen Metallen 250 resp. 150 M.

**Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.**

**Gothein** beantragt zu 882 — 50 M., zu 883 — 500 respektive 200 M.

**Stadthagen** begründet den Antrag auf Zollfreiheit. Die Exportindustrie dieser verschiedenen, oft kunstvollen Artikel dürfe nicht behindert werden.

Der Antrag Müller-Sagan, die Sätze zu Position 848 auf 250 resp. 150 M. herabzusetzen, wird angenommen. Position 882 wird nach der Vorlage angenommen, ebenso 883 und 888.

Schluß 1/4 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr.

**Schweizerische Arbeitertage in Winterthur.**

Winterthur, 3. August.  
Die Industrie- und Arbeiterstadt Winterthur hat sich festlich geschmückt zum Empfang der aus allen Ecken der Schweiz zu Tausenden herbeieilenden Grütlianten und Sozialdemokraten, die hier erst wichtige, ernste Arbeit verrichten, um dann Wettkämpfe im Turnen, Singen und Schützen zu pflegen und nebstbei einige festliche Stunden zu genießen. Es ist nämlich Tradition der Schweizer Grütlivereine, in mehrjährigen Zwischenräumen, in neuerer Zeit alle drei Jahre, mit der fast alljährlich stattfindenden Delegiertenversammlung ein Centralfest zu verbinden. Trotzdem nun der Grütliverein sozusagen in der sozialdemokratischen Partei aufgegangen, können sich die Behörden wie die bürgerlichen Bevölkerungskreise angefaßt der Festtraditionen nicht der gottfreundlichen Verpflichtung der festlichen Aufschwärmung der Stadt entziehen. So sind an den

Strahlen Ehrenportien errichtet, die eidgenössischen, Kantonalen und städtischen Gebäude (Post, Bahnhof, Bank, Zeughaus, Säulen, Stadthaus etc.), sogar die Kaserne, sind besetzt, auch wirken am Feste neben den Arbeitern und Grütlianten bürgerliche Gesang- und Turnvereine mit und die bürgerliche Jugend beteiligt sich mit Freuden an dem Festzug, wie auch von allen Bevölkerungskreisen die auf 3500 Personen berechnete Festhalle besucht wird. In dieser Beziehung unterscheiden sich die Verhältnisse in der Schweiz trotz aller auch hier bestehenden sozialen und politischen Gegensätze sehr vorteilhaft von jenen im Ausland.

Am Sonnabendmorgen trat im Stadthaus die Delegiertenversammlung zur Behandlung der Vereinsgeschäfte des Grütlivereins zusammen. Dazu waren 176 Delegierte aus 135 Sektionen erschienen, sowie weitere 18 Mitglieder des Centralkomitees und Vertreter der Geschäftseinrichtungen des Vereins anwesend.

Bezüglich des Vereinsorgans, des „Grütlianten“, wurde beschlossen, ihn mit der „Arbeiterstimme“ zu verschmelzen, darauf hinzuwirken, daß er zum Centralorgan der Partei gemacht werde, und ferner dem Centralkomitee den Auftrag zu geben, seine tägliche Herausgabe im Auge zu behalten.

Schließlich wurde dem Centralkomitee der Auftrag erteilt, die Frage betreffend besseren gesetzlichen Schutzes der Schulforderung für Arbeitslöhne, um diese schnell eintreiben zu können, in Fluß zu bringen.

Am Nachmittag um 2 Uhr trat ebenfalls im Stadthaus die sozialdemokratische Parteitagung zusammen. Als Präsident wurde Centralpräsident Adolphe Albisser von Luzern, als Vizepräsidenten die Genossen Ropin von Yverdon und Fuchs von Solothurn, beide Advokaten, als Sekretäre Redacteur Brandt und Sekundarlehrer Seidel gewählt. Genosse Albisser teilte mit, daß Genosse Webel als Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Partei anwesend sei, ferner für die englischen Genossen Kelsey. Außerdem ist vom englischen sozialdemokratischen Bund ein Begrüßungs- und Glückwunschsreiben eingegangen. Er begrüßt die beiden Genossen mit herzlichen Worten, worauf Genosse Webel, von lebhaftem Beifall des ganzen Parteitages begrüßt, die herzlichen Grüße der deutschen Sozialdemokratie überbringt. Er giebt der Freude Ausdruck, diesem Parteitage beiwohnen zu können. Sodann führt er aus, daß es ja manchen Grütlianten schwer geworden sein mag, mit alten Verhältnissen, mit den bürgerlichen Elementen zu brechen und der neuen sozialdemokratischen Partei beizutreten, aber gerade dieser starke Beifall des Parteitages zeigt, daß sie eine Notwendigkeit war. Ist doch auch in der Schweiz seit 1879, dem Erlaß des Fabrikgesetzes, kein größerer sozialer Fortschritt mehr gefolgt. Dagegen sehe er auf der Tagesordnung des Parteitages die Zolltarif-Vorlage, deren Behandlung ihn besonders interessiert. Er weist auf die Fortschritte hin, welche auf dem Gebiete des internationalen Verkehrs gemacht werden, daß die Gotthardbahn das Best internationaler Solidarität und ferner die Schweiz der Sitz mehrerer internationaler Konferenzen, so auch desjenigen für Eisenbahnschienenwesen, ist. Und nun soll dieser internationale Verkehr unterbrochen werden, man will sich gegenseitig durch hohe Zollschranken absperren. Diese Bemühungen in Deutschland zum Scheitern zu bringen, betrachtet die deutsche Sozialdemokratie als ihre Aufgabe. Er weist ferner auf das alles überwindende Ausschreiten des Militarismus hin, der sich leider auch in der Schweiz, die wir früher als Vorbild hinstellten, entwickle, für den die neuen Zölle neue Mittel liefern sollen. Wir müssen diese Bestrebungen bekämpfen und mit allen Kräften auf die Erreichung unseres Zieltes, der Vereinfachung der Interessen- und Klassenbeziehungen hinarbeiten. Wir werden uns freuen, wenn Sie heute so gute Arbeit leisten, daß Sie auch in der Schweiz ein Stück vorwärts kommen. (Beifälliger Beifall.)

Genosse Albisser berichtet sodann über den Stand der sozialdemokratischen Partei, der sich bisher 24 000 Mitglieder von politischen Organisationen und dem Grütliverein angeschlossen haben. Vertreter von Schaffhausen und Chaux-de-Fonds stellen den Anschluß auch ihrer kantonalen Organisationen in Aussicht.

Ohne Diskussion wird der „Grütliant“ als Centralorgan der Partei erklärt.

Ueber die im Herbst stattfindenden Wahlen referierte Genosse Koch-Luzern, und er sagte seine Ausführungen in einer Resolution zusammen, welche besagt, daß in allen Wahlkreisen, wo es den Parteigenossen irgendwie möglich ist, ausgesprochen sozialdemokratische Kandidaturen aufgestellt werden sollen und sonst im einzelnen Vorschriften für die Regelung der Wahlstation giebt.

In der anschließenden Diskussion tadelt Genosse Kessler-Ollen, daß von den drei sozialdemokratischen Nationalräten nur einer (Schwind) anwesend sei, während an den sozialdemokratischen Parteitagen anderer Länder sämtliche Abgeordnete anwesend sind. Er hofft, daß dies auch bei uns so werde. (Allgemeiner Beifall und Zustimmung.) Die Resolution wird angenommen. Beschlossen wird ferner, daß der Sekretär des Grütlivereins auch die Parteigeschäfte besorgen und die Partei zu den Kosten des Sekretariats 40 Prozent beitragen soll.

Genosse Regierungsrat Bülchler referiert über die Zollvorlage, wobei er insbesondere die Agrarpölle und von diesen wieder die Vieh- und Weinzölle eingehend bespricht, sodann auch die exportfähigen Industriezölle, die nur der Bequemlichkeit und Rücksichtigkeit Vorbehalt leisten und das eigne Nothdenken überflüssig machen. Schließlich beantragte er folgende Resolution: „Der Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie protestiert energisch gegen den neuen schweizerischen Zolltarif, wie er aus den Verhandlungen der eidgenössischen Räte hervorgegangen, als eine empfindliche drohende Verletzung notwendiger Lebensmittel. Eine solche Verletzung müßte höchstens einen kleinen Widerstand einige Vorteile bringen, müßte dagegen die übergroße Mehrzahl des arbeitenden Volkes in Stadt und Land mit Inbegriff des größten Teiles der landwirtschaftlichen Bevölkerung empfindlich schädigen und ihre Lebenshaltung verschlechtern. Die sozialdemokratische Partei erblickt in dem Ausland, daß die Zölle den Hauptteil der Bundeserinnahmen bilden, eine Gefahr für die Oekonomie der Schweiz, sie verlangt daher, daß die ökonomischen Lasten, die der Bürger zu tragen hat, nach Maßgabe seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit festgelegt werden. Der Parteitag erklärt sich mit aller Entschiedenheit für die Erpressung des Referendums gegen diesen gemeinschädlichen Zolltarif und fordert die Genossen im ganzen Lande zu thätigster Propaganda für Verwerfung des Tarifs auf. Der Parteitag ermächtigt die Parteileitung, je nach Umständen sich einer von anderer Seite ausgehenden Referendumsbewegung anzuschließen oder von sich aus die Referendumsbewegung einzuleiten.“ Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Der Parteitag wurde mit einer Umgebung zu Ehren der vorstehenden Genossen Karl Würgli und Alois Ranzani geschlossen.

Am Sonntagvormittag fand ein großartiger Festzug von 5000 Teilnehmern durch die reich geschmückten Straßen der Stadt statt. 29 weggeliebte Ehrenjungfrauen, die Kantone repräsentierend, ca. 200 weggeliebte Mädchen und in Tracht gekleidete Knaben und sonstige kostümierte Gruppen, 199 Fahnen, 5 Musikkapellen waren im Zuge, aber auch drei Minister, darunter der Regierungsratspräsident, ferner der Präsident des Obergerichts, Dr. Strauß, der Winterthurer Stadtrat mit dem Stadtpräsidenten, die sozialdemokratischen Vertreter in den Behörden waren dabei und auch unser Genosse Webel machte den Umzug mit. Auf der Schlußmeile hielt vor Tausenden Genosse Albisser die Festrede.

**Partei-Angelegenheiten.**

**Zur Tagesordnung des Parteitages.**  
In Nr. 176 machten wir den Vorschlag, noch zwei Gegenstände auf die Tagesordnung des Parteitages zu legen: 1. Die Wahlrechtstämpfe in den Einzelstaaten. 2. Das Centrum, Staat dessen schlugen wir vor, als milder dringlich die „Romuna“

politik" für diesmal noch abzusehen. Unsere Vorschläge haben in der Parteipresse bereits lebhafteste Erörterungen hervorgerufen. Sie finden in den einzelnen Blättern ebenso wohl vollständige Zustimmung wie vollständige Ablehnung als auch teilweise Zustimmung.

Die „Leipziger Volkszeitung“ widmet namentlich dem Punkte Wahlrechtskämpfe in den Einzelstaaten eine längere Betrachtung. Sie meint, wenn man, wie der „Vorwärts“, von der Voraussetzung ausgeht, daß wir diesmal keine Zeit hätten, meinetwegen zu sein, so müßte man gerade aus diesem Grunde gegen das Referat über die Wahlrechtsfrage in den Einzelstaaten doppelt vorsichtig sein. Hier konzentriert sich die Frage hauptsächlich auf die Vorgänge in Bayern; sie schreibt:

„Ueber die bayerische Wahlrechtsfrage ist, nachdem die Sache so weit gediehen ist, der einzige und letzte Richter der Erfolg. Es ist unmöglich, der bayerischen Landtags-Fraktion jetzt in den Arm zu fallen; sie kann nicht mehr zurück, nachdem sie sich in der bekannten Resolution festgelegt hat. Man kann sie kritisieren, kann sie tadeln, man kann sie auch verteidigen und rechtfertigen wollen; aber für die parlamentarische Haltung der Fraktion wird alles, was geredet wird, keine praktische Folge haben können. Hier ist die Angel im Rollen.“

In den übrigen Bundesstaaten ist die Wahlrechtsreformfrage so gut wie abgeschlossen, und die Erfahrungen dieser Bewegung haben für uns einen gewissen historischen Wert. Wenn man diese Erfahrungen für die Bayernfrage benutzen will, gut; bei all der Verschiedenartigkeit der Vorgänge in Württemberg, in Baden, in Hessen und nicht zuletzt in — Sachsen ist ein gemeinsames Resultat unverkennbar: Die Ausschließlichkeit jeder Wahlrechtsreform in demokratischem Sinn, wenigstens mit rein parlamentarischen Mitteln.“

„Wenn also der „Vorwärts“ die Frage aufwirft, was wir thun müssen, um endlich in den Einzelstaaten vorwärts zu kommen und darauf hinweist, daß wir Sachsen und Preußen nicht länger der unumschränkten Macht der Reaktion überlassen können, daß wir die Erfahrungen der Wahlrechtsbewegung in Bayern, Baden, Württemberg, Hessen kennen lernen und ihre Lehren uns aneignen müssen, daß wir nach Mitteln suchen müssen, wie eine erfolgreiche Agitation für die Gewinnung eines besseren Wahlrechts einzuleiten ist — so führt die Verantwortung dieser Frage unsres Erachtens auf ein ganz neues Gebiet der proletarischen Aktion. Dafür aber müssen zunächst die Erfahrungen der bayerischen Wahlrechtsreform vollends abgewartet werden. Für ein Eingreifen des Parteitag ist die Zeit jetzt vorbei oder sie ist noch nicht gekommen.“

Die Centrumsfrage ist ihre Doktorfrage. Für die Agitationsarbeit sei genügend Material gegen das Centrum vorhanden.

Die „Frankfurter Tagespost“ pflichtet unseren Vorschlägen zum Teil bei, wendet sich aber dagegen, daß über die Wahlrechtskämpfe in den Einzelstaaten auf diesem Parteitag verhandelt werde. Sie sieht eine Überlastung der im Lande arbeitenden Genossen darin, wenn wir ihnen im Jahre des Reichstags-Wahlkampfes auch noch die aufreibende Thätigkeit einer Landtags-Wahlrechtsbewegung aufbürden würden.“ Sie wünscht deshalb eine Verschiebung dieses Punktes wie auch der Arbeiterversicherung und der Kommunalpolitik aufs nächste Jahr.

Die „Münchener Post“ hält unsere Anregungen für recht gut, findet aber für beide Vorschläge erhebliche technische Schwierigkeiten ihrer Erörterung auf dem diesjährigen Parteitag. Für Frage der Wahlrechtskämpfe ist sie der Meinung, daß sie in einem Referate überhaupt nicht erledigt werden könnte. Die Dinge seien zum Teil so schwierig und verwickelt, daß sie nur von Spezialisten für die einzelnen Reichsgebiete behandelt werden könnten. Für Bayern liege zwar das Material gefastet vor, aber auch hier dürfte es sich schon der ruhigen und dem Partei-Interesse dienlichen Auseinandersetzungen wegen empfehlen, für einen Referenten zu sorgen, der unbeteiligt war bei den bisherigen Debatten.“

Auch ein erapriehtliches Referat über das Centrum lasse sich nicht aus dem Kermel schütteln. Die Schwierigkeiten sprechen zwar nicht ab, sondern regen zur Ueberwindung an, ob sich das aber besser noch ermöglichen lasse, sei eine offene Frage. Die „Münchener Post“ wünscht aus diesem Anlaß überhaupt eine frühere Veröffentlichung der Tagesordnung des Parteitages, damit sich die Schwierigkeiten für Erzielung solcher Vorschläge, wie die übrigen, leichter überwinden lassen.

Die „Rheinische Zeitung“ hält die Absehung der „Kommunal-Politik“ nicht für angängig, ihre Erörterung vielmehr für dringend, stimmt aber dem Punkte Wahlrechtskämpfe in den Einzelstaaten zu. Auch die gesonderte Erörterung der Centrumsfrage hält sie für nötig, doch nicht diesmal, sondern auf einem der nächsten Parteitage. Der Vorschlag komme zu einer gründlichen Erörterung für diesmal zu spät, und selbst wenn die Frage auf dem Parteitage in München gründlich erörtert werden könnte, wäre es doch für die Rudermachung der gewonnenen Erkenntnisse im nächsten Reichstags-Wahlkampf zu spät.

Die „Mannheimer Volksstimme“ schließt sich der „Leipziger Volkszeitung“ an hinsichtlich der Wahlrechtskämpfe in den Einzelstaaten, ist aber damit einverstanden, daß die Centrumsfrage erörtert wird.

Der „Volksfreund“ in Raasdorf ist mit der Aufnahme der von uns vorgeschlagenen beiden Punkte in die Tagesordnung einverstanden unter der Voraussetzung, daß wirklich keine langen Auseinandersetzungen über die bayerischen Wahlrechtsdebatten erfolgen, glaubt aber, daß trotzdem auch die Kommunalpolitik behandelt werden kann, wenn zwecklose Streitereien vermieden werden.

Die „Brandenburger Zeitung“ ist der Meinung, daß die Centrumsfrage in der allgemeinen Verhandlung über die Reichstagswahlen mit erledigt werden könnte. Mit der Behandlung der Wahlrechtskämpfe in den Einzelstaaten ist sie einverstanden, hält aber dazu die Absehung der Kommunalpolitik nicht für nötig, sondern nur eine Umstellung der Tagesordnung in der Weise, daß Geschäfts- und Parlamentsberichte zuletzt behandelt werden.

Derselben Meinung ist, abgesehen von der Umstellung der Tagesordnung, das „Volksblatt für Halle“.

Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in Kiel hält die besondere Behandlung einer Partei für unangebracht. Das „Sächsische Volksblatt“ schreibt nach einer auszugewählten Wiedergabe unres Artikel: „Es ist sicher viel Beachtenswertes in diesem Artikel. Wir erwarten zwar nicht, daß sich alle die Hoffnungen, die der Artikel an die Diskussion der neu vorgeschlagenen Punkte knüpft, erfüllen, sind aber ebenfalls der Meinung, daß die Punkte von größerer Wichtigkeit für den bevorstehenden Parteitag sind, als die Kommunalpolitik, deren Erörterung sehr wohl auf den nächstjährigen Parteitag verschoben werden kann.“

Vollständig einverstanden sind mit unseren Vorschlägen „Volkswille“ in Hannover, „Braunschweiger Volksfreund“, „Lübecker Volksbote“, „Freie Presse“ in Oberfeld, „Gewerliche Arbeiterstimme“ in Solingen, während die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund ihre Zustimmung nur hinsichtlich des Centrums ausdrückt. Einverstanden ist auch die „Schwäbische Tagewacht“, doch will sie auch die Kommunalpolitik behandelt sehen.

Von den Einwendungen, die gegen unsere Vorschläge gemacht werden, können wir nur einen als berechtigt anerkennen: daß es nicht möglich sein werde, den geeigneten Referenten in der kurzen Zeit zu finden. Wenn das richtig ist, dann muß man selbstverständlich verzichtet leisten. Immerhin kann man den Versuch machen und suchen, ob es nicht doch geeignete Spezialisten für die beiden Fragen giebt.

Gerade die lebhafteste und, wie wir nur wünschen konnten, kritische Erörterung unserer Vorschläge zeigt, als wie brennend diese Fragen allgemein empfunden werden. Für je schwieriger man sie hält, um so mehr möchte man, dünkt uns, auf ihre Erörterung drängen.

Nur auf zwei Einwände sei ein Wort der Erwidderung gesagt:

Die „Leipziger Volkszeitung“ meint zu der Wahlrechtsfrage, die Angel sei aus dem Lauf, man könne der bayerischen Landtagsfraktion nicht in den Arm fallen usw. Dieser Einwand hätte eine gewisse Berechtigung, wenn wir eine besonders gründliche Erörterung der bayerischen Angelegenheit verlangt hätten. Dann würde freilich dieser Einwand jede Diskussion der bayerischen Frage als überhaupt überflüssig, ja schädlich kennzeichnen; ja es würden auch nachträglich noch die Preerörterungen, in denen die „Leipz. Volkszeitung“ die Führung übernommen hat, als mindestens — unvorsichtig charakterisiert werden. Wir aber wünschen gerade das Gegenteil — ganz im Sinne der jetzigen Auslassung der „L. V.“ —, daß, statt die bayerische Angelegenheit zu accentuieren, allgemein über die Wahlrechtskämpfe in den Einzelstaaten diskutiert würde. Dazu ist der rechte Augenblick gekommen, da, abgesehen von Bayern, in Baden, Hessen, Württemberg die Wahlrechtsfrage aktuell ist und in Preußen die bevorstehende Beteiligung an den Landtagswahlen eine vollständig neue Situation schafft. Im nächsten Jahre aber ist es zu solcher Diskussion zu spät.

Was die Centrumsfrage anlangt, so sind die große Mehrzahl der in den katholischen Gebieten erscheinenden Blätter durchaus mit unserm Vorschlag einverstanden. Wenn man aber vereinzelt die Frage für noch nicht reif hält, so wählen wir nicht, wann sie reif werden soll, wenn sie es jetzt noch nicht ist. Wir wählen einfach wiederholen, was wir zur Begründung geschrieben haben, um diesen Einwand zu widerlegen. Gerade der Umstand, daß seit 1898 das Centrum seine reaktionäre Entwicklung vollendet hat, und daß der Kampf gegen diese Drotwucherpartei mit aller Entschiedenheit aufgenommen werden muß, beweist, daß die Frage genau in diesem Augenblick reif und unausschiebbar geworden ist. —

Zur Kandidatenfrage in Oberschlesien erhalten wir abermals eine Zuschrift des Genossen Verjus, aus der wir, da sie weder etwas zur Verständigung noch zur Klärung beiträgt, nur dies mitteilen:

„Es wird an mich die Frage gerichtet, warum ich mich so schnell eines andern besonnen, nachdem ich doch vorher die Kandidatur abgelehnt habe.“ Hierzu muß ich erklären, daß meine Ablehnung von der ober-schlesischen Agitations-Kommission (der polnischen. A. d. V.) nicht acceptiert und mir die Verpflichtung auferlegt wurde, als Vorstandsmitglied die Kandidatur anzunehmen. Ist dies etwa ein andres Besinnen? Nein, es ist ein Zwang; aber auch die moralische Pflicht, daß ich mich den gerechten Wünschen meiner Genossen füge.“

Wir haben nicht die Absicht, diese trüchlose Polemik weiter zu spinnen. Die Instanzen, die zu entscheiden haben, werden so bald in der Lage sein, ihre Entscheidung zu treffen.

Auf der Kreis-Konferenz für den Wahlkreis Jülich-Krefen spielte die geplante Konferenz für den Regierungsbezirk Frankfurt eine erhebliche Rolle. Trotz der Einwendungen der Genossen Wegner und Jögel sowie des Kreisvertrauensmannes Pech wurde nach langer Debatte die Verabschiedung der Konferenz beschlossen. Die Organisation im Kreise zeigt sich nach den erstatteten Berichten noch sehr schwach. Zur Provinzial-Konferenz wurden die Genossen Baeh-Schwibbus, Schneider-Sommerfeld und Galle-Kroffen delegiert und zum deutschen Parteitage Genosse Wegner. Dieser wurde auch wieder als Reichstags-Kandidat einflußreich proklamirt.

Vergebliches Bemühen. Seit 7 Jahren versucht unser Breslauer Partei-Organ, die Erlaubnis zur Teilnahme von Richterstatisten an den Gerichtsverhandlungen des Breslauer Landgerichts zu erhalten, bis heute jedoch vergeblich. 1896 wurde Genosse Reulrich abgewiesen, weil er „zu jung“ war; kurze Zeit darauf Genosse Sachs, weil die Zeitung „Vollstwach“ zu oft mit dem Bericht in Konflikt kommt. 1900 erfolgte die Abweisung, weil Genosse Prabus zu oft vorbestraft war und vor einigen Tagen erhielt der unbestrafte Genosse Kaul einen ablehnenden Bescheid auf sein Gesuch um Zulassung und zwar jetzt wieder einmal, weil die Zeitung zu oft vorbestraft ist. — Um Gründe war man nie verlegen.

Totenliste der Partei. In Hamburg starb ein alter wackerer Parteigenosse, der Arbeiter Wilhelm Kemmer. Seit 1874 Mitglied der Partei-Organisation, hat Kemmer weder Mühe noch Gefahr gescheut, in seiner Art der Partei zu dienen. Er gehört zu jenen, die unter dem Belagerungsstand der wachsamsten Polizei ein Schnippen schlug und fröhlich — allerdings mit Lebensgefahr — an einem Gedentage auf dem alles überragenden Schornstein der Kupferschmelze auf Steinwärdern die rote Fahne aufpflanzten. Die Genossen des zweiten Wahlkreises gedenken unsres Freundes Kemmer wohl am liebsten, wie er so oft vor ihnen herging; eine heftigste Gestalt, die das mächtige rote Banner in Wind und Wetter so leicht hielt, als ob das gar keiner Anstrengungen bedürfte. Der alte Hüne mit seinem gewaltigen Wort vor den Genossen stets eine liebe Erhellung und den Jüngeren wurde er als Beispiel gezeigt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Das Verbot der Polizei. Das Gewerkschafts-Komitee in Hlensburg wollte einen Festzug durch die Stadt veranstalten; die Ortspolizei verweigerte die Genehmigung aus den bekannten verkehrspolitischen Gründen. Der Vertreter des Komitees, Genosse Müller, wandte sich an den Regierungspräsidenten in Schleswig. Er bespricht zunächst den Charakter der Verlehrsbehinderung durch derartige Festzüge und führte dann unter anderem aus: „Verlehrs-polizeiliche Gründe können aber unmöglich maßgebend sein, denn andere Verboten gestattet man derartige Aufzüge. So ist acht Tage inwärt, anlässlich des Regimentsoappells ehemaliger Angehöriger des Kaiser-Regiments „Königin“ (Schlesw.-Holst.) Nr. 86, ein Festmarsch durch die Stadt gestattet worden. Aber nicht nur militärischen Vereinen, sondern auch Gutmüthigen und andern bürgerlichen Vereinen erlaubt die Behörde derartige Festzüge. Der Unterzeichnete ersucht die lgl. Regierung, die Hlensburger Polizeibehörde zu veranlassen, daß sie entweder alle derartige Aufmärsche verbietet, oder aber alle gestattet.“ Die Antwort auf diese Beschwerde ist nun eingetroffen. Sie lautet:

Der Regierungs-Präsident. Schleswig, den 18. Juli 1902.  
Herrn Th. Müller, Hlensburg, Waißstraße 4.

Ihre Beschwerde vom 18. Juni ds. Js., betr. das Verbot eines Umzuges, muß als unbegründet zurückgewiesen werden.

Der in Aussicht genommene Festzug würde Verlehrsbeschränkungen und Störungen auf den Straßen zur unausbleiblichen Folge haben. Derartigen Unzuträglichkeiten vorzubeugen, gebort zum Amte der Polizei. Dieselbe war daher berechtigt und verpflichtet, die nachgelungte Genehmigung zu verweigern.

Ob und welche Umzüge zugelassen werden können, muß im übrigen der Ortspolizeibehörde überlassen bleiben.

Man kann daraus nur wieder der Schluss ziehen, daß das Genehmigungs- und Verbotungsrecht der Polizei überhaupt beseitigt werden muß.

### Sociales.

Die Unfallversicherung in Holland. Zur Durchführung des Unfallgesetzes von 1901 hat die niederländische Regierung nun besondere Vorschriften erlassen. Zunächst wird die im Geleze vorgesehene Einteilung des Reiches in neun Bezirke, sogenannte Agent-schaften der Reichs-Versicherungsbank festgesetzt. Die Aufsicht wird in jedem Bezirk einem oder mehreren Agenten der Reichs-Versicherungsbank übertragen, welche die dem Geleze unterstellten Betriebe zu besuchen haben und, wie es das Geleze vorschreibt, die Lohnlisten der Arbeitgeber kontrollieren. Wird ihnen der Zutritt zu einem Betriebe verweigert, so rufen sie den Bürgermeister oder einen andern zum Einschreiten befugten Beamten zu Hilfe. — Ferner sind die Agenten verpflichtet, sich genau über den Zustand der Arbeiter zu informieren, die von einem für das Geleze in Betracht kommenden Unfall betroffen wurden. Den Verletzten wird von der Reichs-Versicherungsbank unentgeltlich ärztliche Behandlung gewährt oder verweigert.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen in Oesterreich.

Der jüngst erschienene Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission giebt auch einen Ueberblick über die Anzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen. Das Bild ist leider sowohl nach der Gesamtzahl als auch nach der Verteilung auf die einzelnen Gewerkschaften noch sehr unerschöpflich. Es sind in den Verzeichnissen 5378 weibliche Mitglieder gegen 5556 im Jahre 1899. Das ließe auf eine Abnahme schließen, wenn nicht aus der Tabelle zu ersehen wäre, daß Gewerkschaften, die bestimmt weibliche Mitglieder haben, diese nicht getrennt von den männlichen angeführt haben.

Wir erwähnen nur die Hand Schuhmacher, welche nicht nur in Wien, sondern auch in Böhmen weibliche Mitglieder haben. Dann die Angeldreher, die Stamma- und Fächermacher und noch andre. Eine größere Genauigkeit wäre gerade hier sehr wünschenswert, um das ohnehin nur langsame Fortschreiten nicht noch trübseliger erscheinen zu lassen.

In einzelnen Berufsorganisationen ist ja unzulänglich eine Abnahme vorhanden; so bei der Textilindustrie. Hier hat die Organisation anschießend an den Generalfest der Brüner Textilarbeiter einen solchen Aufschwung genommen. Ortsgruppen, die vorher 10 bis 20 Mitglieder zählten, sind auf 100—150 gestiegen. In Jaidau gar von 40 auf über 300. Die Erfahrung hat längst gelehrt, daß einem so raschen Aufschwung bald wieder ein Rückschritt folgt. Außerdem warf die „Arie“ ihre Schatten voraus und da war es die Textil- neben der Glas- und Porzellanindustrie, wo eine starke Abnahme weiblicher Mitglieder erfolgte. Die Abnahme war so stark, daß sie durch die Zunahme bei andern Branchen, welche an Größe den ersteren nicht gleichkommen, nicht wettgemacht werden konnte.

Auffällig ist auch die geringe Zahl organisierter Schneiderinnen. Im Winter 1900—1901 gab es unter den Salon Schneiderinnen Wiens eine große Bewegung. Mit Unterstützung der Arbeiterorganisation haben diese „Salonproletarierinnen“ große Erfolge errungen. Anfangs schien es auch, als würde der Dank, die Begeisterung für die Organisation zuzunehmen. Die Arbeiterorganisation hat auch Versuche unternommen, sie an die Organisation zu fesseln — jedoch mit sehr geringem Erfolge. Es ist eben ein sehr schwer zu bearbeitendes Material. Töchter von Beamten und Kleingewerbetreibenden, die in den meisten Fällen nicht als Arbeiterinnen gelten wollen, sondern vorgeben — wenn es auch sehr oft nicht der Wahrheit entspricht — nur für Kleiber und Bug zu arbeiten.

Außer den berufsorganisierten Arbeiterinnen sind noch 2392 Frauen und Mädchen in den allgemeinen Gewerkschaftsvereinen organisiert. Diese Vereine haben ihren Bestand in den Provinzen und sind eine Zusammenfassung der verschiedensten Branchen; hier ist gegen 1899 eine Zunahme von 397 Mitgliedern zu verzeichnen.

In den Arbeiter-Bildungsvereinen sind 3318 weibliche Mitglieder gegen 2512 im Jahre 1899. Hier sind wohl auch die selbständigen Arbeiterinnen-Bildungsvereine mit eingerechnet, obwohl dies bei der Tabelle nicht angemerkt ist.

Wenn nicht außerordentlich erschwerende Ereignisse eintreten, dürfte sich das laufende Jahr weit besser gestalten. Die Organisation der Heimarbeiterinnen zählt bereits 3 Ortsgruppen und wird wahrscheinlich auch in der Provinz Ortsgruppen gründen. Dazu kommt die aufstrebende Organisation der Fabrikarbeiterinnen und außerdem der Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen, der für die Frauenbewegung im allgemeinen von Bedeutung ist. Der geringen Zahl von 5878 gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen stehen 118 672 männliche Organisierte gegenüber. In den allgemeinen Geschäftsvereinen ist das Verhältnis 5948:1292. In den Arbeiter-Bildungsvereinen 23 056:3318. Man sieht wie viel noch geschehen muß, welche großer Anstrengungen es bedürfen wird, damit die Arbeiterinnen Oesterreichs größere Bedeutung für die Organisationen erlangen.

Zunahme der Frauenarbeit in England. Aus London wird uns berichtet: Nach den Berichten der englischen Grubeninspektoren beträgt die Zahl der weiblichen Bergarbeiter in West-Canastrie 1753, eine Zunahme von 130 gegen das Vorjahr. Darunter waren 218 Mädchen im Alter von 12—16 Jahren!

## Verfassungen.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hielt am Montag in Kellers großem Saal ihre Generalversammlung ab, die außerordentlich zahlreich besucht war. Zunächst gab der Rentant Pehold den Kassenbericht für das zweite Quartal. Die Abrechnung der Hauptkasse schließt mit einer Bilanzsumme von 78 563,92 M. Für 224 440 Beiträge wurden 66 471,80 M. eingenommen, das ist die höchste Beitragsleistung, die bisher in einem Quartal zu verzeichnen war. Für Streikunterstützung wurden 80 579,10 M. für Ortsunterstützung 20 199,11 M. ausgegeben. Die Abrechnung der Lokalkasse schließt mit der Bilanzsumme von 194 484,94 M. Der Kassenbestand beträgt 164 036,77 M. gegen 162 312,88 M. am Schlusse des vorigen Quartals. — Dem Rentanten wurde einstimmig Entlassung erteilt. — Darauf wurden die Neuwahlen vorgenommen. Als zweiter Bevollmächtigter wurde Bischoff mit 1225 Stimmen wiedergewählt; als Rentant wurde Pehold, als Bureaubeamter Ludowick wiedergewählt; als Beisitzer wurden P. Pawlowitsch und L. Stoppard, als Revisoren Schmidt und Fiedler gewählt. — Ferner wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Bezirksleitern, Branchenvertretern und Kollegen, die einen leitenden Posten in der Organisation bekleiden, soll nach Maßgabe ihrer Thätigkeit außer den festgesetzten Liquidationen eine Entschädigung von höchstens 15 M. pro Monat gewährt werden. — Zwecks Agitation und Aufklärung hat die Ortsverwaltung mindestens zweimal im Jahre ein Flugblatt herauszugeben. — Denjenigen Kollegen, die wegen hervorragender agitatorischer Thätigkeit gemahregelt werden, wird eine um 3 M. höhere Unterstufung als die übliche gewährt. — Ein Antrag auf Regelung der Gehälter der Beamten wurde der vorgeschickten Zeit wegen vertagt.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am 27. Juli in der Brauerei Friedrichshain eine Ausschußsitzung ab. — Es hatte sich der Verein „Valentianum“ zur Aufnahme gemeldet und derselbe wurde dem Bunde als zugehörig erklärt. — In der Angelegenheit der Beschwerde des vierten Wahlkreises, betreffs Engagierung von Sängern zu Festlichkeiten, Grabmärdchen etc., schloß sich der Kreis zurückgelegt, weil es demselben schwer wird, zu jedem Fest die genügenden Vereine zu bekommen. Der Arbeiter-Sängerbund ist wegen solcher Vorkommnisse angegriffen worden, weshalb in dieser Sitzung eine Ansprache mit den Delegierten vom 4. Wahlkreis SO. stattgefunden hat, welche zu dem Resultat führte, daß sich der Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes nach dem Sängerkongress mit allen Berliner Wahlkreisen in Verbindung setzen wird, um für jeden Kreis einen Obmann zu ernennen, der die Sänger zu engagieren hat. — Zum Schluss appellierte der Vorsitzende an die Ausschußmitglieder, daß die Vereine sich an den Einzelgefangenen zum Sängerkongress tege beteiligen sollen.

Marientelde. Hier tagte am 3. August für die Orte Marientdorf, Marientelde und Tempelhof im Lokale des Herrn Dietmann eine öffentliche Parteiverammlung, die sich mit der Lokalfrage in Marientdorf beschäftigte. Die Verhandlungen führten schließlich zu dem Resultat, daß die Sperre dahin geändert wird, daß jetzt nur die Lokale von Haad (Schwarzer Adler), Chausseestraße 26, und Edel, Chausseestr. 64, gesperrt bleiben. Unter Verschiedenem wurde auf das am 17. August in Ge. Lichterfelde-Sträßig stattfindende Volksfest des Kreises hingewiesen. Ferner wurde in Anbetracht der nächstjährigen Wahlen zur regen Agitation und zum Beitritt in den Wahlverein aufgefordert.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher (Bundverein Berlin). Donnerstagsabend 10 Uhr Versammlung bei Bauer, Rosenstraße 57.





Der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

hält am 10. August und folgende Tage in Offenbach a. M. seinen letzten ordentlichen Verbandstag ab.

Die wirtschaftliche Krise, die Ende des Jahres 1900 allgemein geworden ist, hat sich bei den hier in Betracht kommenden Arbeitern ganz besonders bemerkbar gemacht.

Ihr Einfluß kommt unter anderem auch in der Streikstatistik zum Ausdruck, wobei allerdings noch zu berücksichtigen ist, daß vielfach erhebliche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ohne Abwehrmaßnahmen seitens der Arbeiter hingenommen werden mußten.

Recht interessant sind die vom Vorstande vorgenommenen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit, Krankheitsdauer, Lohnverhältnisse usw. vom Jahre 1900. Das Ergebnis, das erst zum Teil festgestellt werden konnte und sich auf 15 882 männliche und 1392 weibliche Mitglieder erstreckt, ist folgendes: Arbeitslos waren im Jahre 1900 insgesamt 4451 Mitglieder.

Doch unter derartigen Verhältnissen die Organisation mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, liegt auf der Hand. Hinzu kommt, daß die Volksgewalt mit allen möglichen Mitteln den Verband ungeschwächt weiter bekämpfen.

Die Entwicklung des Verbandes ist trotz alledem eine recht erfreuliche und auch die schwere Krise hat bisher nicht vermocht, die Ausdehnung desselben zu verhindern.

Table with 6 columns: Jahr, Mitglieder, etc. Rows for years 1892, 1894, 1896, 1898, 1900, 1902.

Im schlesischen und westfälischen rheinischen Industriegebiete hat die Organisation selber auch in den letzten zwei Jahren keine Fortschritte gemacht.

Tokales.

„Die Berliner Kinder wollen nicht spielen!“

Nein, sie „wollen“ wirklich nicht! Alle Bemühungen, ihnen eine passende Spielgelegenheit zu schaffen, verfehlen ihren Zweck — alle Versuche, sie an ein vernünftiges, geregeltes Spiel zu gewöhnen, bleiben ohne Erfolg!

Wir haben in den letzten Wochen eine Anzahl der für die Spiele benutzten Schulhöfe wiederholt besucht und dem Treiben der spielenden Kinder zugehört.

Einem anderen Weg hat der Turnverein „Fichte“ eingeschlagen, der in diesem Jahre zum erstenmale den Versuch machte, die spielflustige Schuljugend Berlins an den Ferienmontagen auf geeigneten Spielplätzen zu versammeln.

Der Versuch darf bereits jetzt als geglückt gelten. Die Beteiligung der Kinder ist recht beträchtlich und sehr reger — es ist eine wahre Freude, einen Sonntagvormittag hindurch ihren Spielen zuzuschauen.

Die Reserviertheit, die die Lehrer gegenüber den auf den Schulhöfen spielenden Kindern bekunden, entspricht im wesentlichen den Anschauungen und Wünschen der Schulverwaltung.

Der Fall Adermann

beschäftigt fortgesetzt die weite Öffentlichkeit. Fast die gesamte Presse ist sich darin einig, daß die gestern mitgeteilte vom Magistrat inspirierte aber vorsichtshalber nicht offizielle Darstellung der Sachlage eine absolut ungenügende ist.

Weshalb schweigt die Staatsanwaltschaft so hartnäckig?

Man vergegenwärtige sich: Am zweiten Tage während seiner Gast in der Stadtvogtei wird Adermann plötzlich „krank“, sogar „geisteskrank“ — seiner Frau macht niemand davon die geringste Mitteilung.

— nach so und soviel Tagen — eine völlig unverbindliche, nichts-sagende Erklärung aus irgend einem Winkel des Rathhauses heraus-gelassen.

Während dieser ganzen Zeit fragt die Staatsanwaltschaft kein Wort zur Verfügung der erregten Öffentlichkeit! Von irgend einem Resultat der versprochenen Untersuchung verlautet nichts und aber-mals nichts.

Ueber die Entwicklung der öffentlichen Verkehrsmittel in Berlin

enthalten die neuesten Veröffentlichungen des Vereins für Social-politik einige interessante Mitteilungen. Wenn man von dem früheren Institut der Säntzen absieht, sind die Fialer das erste öffentliche Verkehrsmittel, dem wir in Berlin begegnen.

Nachdem Berlin Weltstadt geworden war, bedurfte es zur Bewältigung des Verkehrs eines billigeren und schnelleren Transport-mittels, als es Droschken und Omnibusse waren.

Seit dem Anfang der 70er Jahre hat sich infolge der starken Konkurrenz durch andre Verkehrsmittel die Zahl der Droschken im Verhältnis zur Einwohnerzahl beständig vermindert.

Wit dem Anwachsen des Verkehrs hat sich natürlich auch beständig die Zahl der im Verkehrsgewerbe thätigen Personen vermehrt.

Die Löhne der Straßenbahnarbeiter sind bekanntlich äußerst niedrig. So erhalten z. B. die Wagenführer auf Wagnis XIII für die Reinigung eines vierachsigen Wagens 43 Pf., eines zwei-achsigen Wagens 39 Pf., eines Metropoli-Wagens 20 Pf., eines offenen Sommer-Wagens 15 Pf.

Arbeiter fast stets einen größeren Betrag herausrechnen, als ihnen gezahlt wird, so versuchten sie es mal mit einer schlichteren Anfrage dieserhalb bei den in Betracht kommenden Vorgesetzten. Ihnen wurde zur Antwort, daß die gemachten Abzüge zu Gunsten der Hofverwaltung verrechnet seien. Welche Gründe oder Grundzüge bei dieser eigenartigen Berechnung maßgebend sind, wurde nicht mit angegeben. Jedenfalls glauben sich die Arbeiter durch den bisherigen Berechnungsmodus benachteiligt und wollen sich dieserhalb an die Direktion wenden.

**Die Rückkehr der Ferien- und Saison-Reisenden** hat am vorgestrigen Tage mit einer Hofstadt eingeleitet, die an die Leistungsfähigkeit der Bahnverwaltungen ganz ungewöhnliche Anforderungen stellt. Ganz besonders stark ist die Rückkehr aus den nördlichen Distrikten, so daß zahlreiche Sonderzüge nach Berlin eingeleitet werden müssen. Diese ungewöhnliche Erscheinung ist wohl hauptsächlich auf die unangenehme Witterung des Monats Juli zurückzuführen, unter deren Einwirkung die Ferienreisenden statt Abwechslung und Erholung Langlewunden und an chronischem Schnupfen oder anderen Erkältungskrankheiten erkrankten. Wie bei Beginn der Reisezeit ist auch jetzt wieder der Stettiner Bahnhof am stärksten in Anspruch genommen, auf welchem nicht weniger als vier Beileise ständig für ein- und ausfahrende Züge reserviert bleiben müssen. Zwölf Bahnsteig-Schaffner sind erforderlich, um die Bahnsteigarten der zum Empfang Ankommender erscheinenden Personen zu kontrollieren und den mit den Zügen Eintreffenden die Karten abzunehmen, während auf der Abfahrtsseite zwei Beamte für die Kontrolle der Reisenden genügen. Natürlich kam bei diesem ungewöhnlichen Verkehr die Pünktlichkeit der Züge nur selten innegehalten werden, und meist treffen sie mit Verspätungen von 10-75 Minuten hierher ein. Aber nicht nur auf dem Stettiner, sondern auch auf den anderen Bahnhöfen erkeiden die Trains infolge des Massenverkehrs der Reisenden nicht unbedeutende Verspätungen, umso mehr, als wegen Platzmangels die Züge unterwegs verlängert werden müssen und meist in einer Länge von 50-60 Achsen hier eintreffen. Die Zahl der allein auf dem Stettiner Bahnhofe gestern angekommenen Personen betrug nahezu 10 000.

**Die Berliner Unfallstationen vom roten Kreuz** sind im Juli d. J. in 4418 Fällen für erste Hilfe in Anspruch genommen und zwar 3824 mal bei Unfallsfällen und 594 mal bei plötzlichen Erkrankungen. In den Stationen wurden 4180, außerhalb derselben 288 Personen behandelt. Mit dem Krankenwagen der Unfallstationen wurden im vergangenen Monat 159 Transporte ausgeführt. Die Zahl der polizeilichereits den Stationen übergebenen bewußtlosen Personen betrug 256, die unentgeltliche Inanspruchnahme von Eis jedoch in 160 Fällen.

**Oeffentlicher Protest gegen die Abholzung der Forsten am Berlin.** Die Absicht des Forstbüros, verschiedene Forsten in Berlin abzuholzen und an Bauplatzen zu veräußern, hat nicht nur in den interessierten Vororten, sondern auch in Berlin, besonders in den nördlichen Stadtteilen, Erregung hervorgerufen. Es sind bereits Schritte eingeleitet, um die kommunalen Vereine zu veranlassen, eine öffentliche Versammlung einzuberufen und Protest gegen die geplanten Forstabschaltungen beim Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten einzulegen. Man nimmt an, daß der Minister schließlich den Verlauf wenigstens den der Schönholzer Haide — nicht genehmigen wird. Es soll darauf hingewiesen werden, daß der Norden der Reichshauptstadt von an Parkanlagen ist und der Berliner Magistrat aus hygienischen Gründen der Umwandlung der Reb- und Wurzelberge in einen Park näher getreten ist. Die Schönholzer Haide liegt ebenso nahe an Berlin wie der zünftige Park und ist ihre Erhaltung mindestens so notwendig wie die Verpflanzung der Reb- und Wurzelberge. Man würde durch die Abholzung der Schönholzer Haide dem einen Teil des Nordens nehmen, was man dem andern geben will.

**In der Angelegenheit des Schlossers Rehsack,** an welchem ein Raubmord verübt sein sollte, hat die hiesige Kriminalpolizei die Thätigkeit eingestellt, nachdem die fortgesetzten Recherchen auch nicht den geringsten Anhalt für das Vorliegen eines derartigen Verbrechens ergeben haben. Schon die Auffindung der Leichentücher sowie des Portemonnaies mit zwei Mark Inhalt in der Bekleidung des Toten machten eine Verurteilung unwahrscheinlich, umso mehr, als die für einen Mord etwa in Frage kommenden Elemente den Toten vollständig gesäubert hätten. Es ist ferner festgestellt, daß R. am Tage seines Verschwindens verschiedene Schaftwirtschaften besucht hat, und es erscheint zweifellos, daß er das in seinem Besitz gewesene, von seinem Vater herkommende Geld bis auf den bei dem Toten vorgefundenen Rest verbraucht hat. Der Schlosser hat dann vermutlich, als er wieder ertrüchtet war, Selbstmord ausgeführt, denn nach den vorliegenden Umständen scheint auch ein Unfallsfall ausgeschlossen zu sein.

**An Blutvergiftung gestorben** ist der Mechaniker Gebhard, Mitglied des bekannten Lebensmittel-Instituts in der Reuten Schönhauserstraße 6. Herr G. hatte sich vor etwa vier Wochen eine geringfügige Verletzung am Fuße zugezogen, eine Wunde, welcher er, da sie nicht einmal eine Wundheilung verursachte, keine Bedeutung beilegte. Erst nach mehreren Tagen verspürte G. Schmerzen am Fuß und ein unruhige hinzugezogener Arzt stellte Blutvergiftung fest, welche eine sofortige Amputation erforderlich machte. Herr G. widersetzte sich jedoch entschieden einer derartigen Operation, da er unter keinen Umständen als Krüppel leben wollte, und so mußte von einer Amputation Abstand genommen werden.

**Durch einen Sturz von einem Kollwagen** ist die neun Jahre alte Tochter Anna der Arbeiter Dambrowski aus der Hedemstraße 26 am das Leben gekommen. Das Mädchen war bei den Großeltern am Nordufer 5 auf Besuch, dort spielte es beim Spielen auf den auf dem Hofe stehenden Wagen und fiel von diesem auf das Asphaltpflaster. Das Kind zog sich eine Kopfverletzung und eine Gehirnerschütterung zu und starb nach wenigen Stunden in der großherzoglichen Wohnung. Die Leiche wurde beiläufig beigesetzt.

**Ansehend in einem Anfälle von Geistesgekränktheit** hat sich der 64 Jahre alte Malierarbeiter Schulz aus seiner in der Waldemarstraße 4, vorn 4 Treppen, gelegenen Wohnung aus dem Fenster gestürzt, wo er mit zerstückeltem Schädel liegen blieb. Der Körper lag in der dritten Etage auf und zerfiel einer Passantin aus dem Nebenhaus beim Fall Schärze und Blause.

**Im Fieber aus dem Fenster gesprungen** ist heute (Mittwoch) morgen 4 1/2 Uhr die 31 Jahre alte Malierin Hedwig Gähde aus der Oppelnerstraße 84. Vor einer Woche gab sie dem vierten Kind das Leben. Nachdem die Krankheit anfangs gut verlaufen war, stellte sich am Dienstag Stündliche Fieber ein. Wegen des bevorstehenden Geburtens verhielt sich die Frau wie die Ehefrau die letzte Nacht an ihrem Bett. Gegen 4 1/2 Uhr überkam sie die Mädeligkeit, so daß er auf einige Augenblicke einschiel. Diese kurze Unterbrechung der Aufsicht bemerzte die Frau, um aus dem dritten Stock des Seitenflügels auf den Hof hinabzuspringen. Der Mann erwiderte, als sie eben durch das Fenster gegangen war. Mit Hilfe von Nachbarn wurden Arzt und Polizei gerufen, die die noch lebende Frau in einem Rüstwagen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Urban bringen ließen, dort wurden Wunden beider Beine und schwere innere Verletzungen festgestellt.

**Schweres Fahrstuhlunglück.** Die bei der Firma Jünger u. Gebhardt, Alexanderstraße 51 angestellten Arbeiter Wöhme und Fahrstuhlführer Schneider waren damit beschäftigt, den Fahrstuhl schacht aufzuräumen und gleichzeitig die Drahtseile einzudlen. Die durch das fortgesetzte Anhalten und Weisefahren hervorgerufene Durchbrennen der Seile ließ jedoch der Fahrstuhl plötzlich in die Höhe gleiten, wobei beide Personen eingeklemmt wurden. Das sofort herbeigerufene Feuerwehret befreite sie aus ihrer qualvollen Lage. Während Schneider nur leichte Querschnitten an den Beinen erlitten hatte, konnte leider der Arbeiter Wöhme nur als Leiche hervorgezogen werden. Der sofort von der Unfallstation Alexanderstraße herbeigerufene Arzt konnte mit dem Tod des Verunglückten feststellen. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhaus geschafft. Das Unglück trat gegen 1/3 Uhr zu.

**Ein schwerer Unfall hat sich heute (Mittwoch) morgen um 8 Uhr auf dem Neubau der Firma Hoesemann u. Kühnemann bei Schönholz zugezogen.** Der 57 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Dalombe aus der Zwimmunderstraße arbeitete auf einer hohen, nicht mehr sehr guten Leiter, und diese glitt aus. D. stürzte infolgedessen acht Meter tief herunter auf hartes Pflaster. Mit Verletzungen an verschiedenen Körperteilen wurde er in einer Droschke nach einer Unfallstation und von dort in einem Rüstwagen Rettungswagen nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht.

**Gemeinsam erschossen** hat sich am Mittwoch früh im Grunewald in der Nähe des Restaurants Pantillon ein Liebespaar, das vorher in der Weinabteilung des Restaurants ein Souper eingenommen hatte. Die Leichen wurden in enger Umarmung aufgefunden. Das Motiv der That ist unbekannt. Der Name des Selbstmörders ist Adolf Wiegandt, geboren am 16. Mai 1879 in München. Aus den Papieren ging ferner hervor, daß er in München als Einjährig-Freiwilliger gedient hat und daselbst künstlerischen Studien oblag. Neben die Personalien der Dame liegen noch keinerlei Anhaltspunkte vor.

**Hunddiebstähle.** Anlässlich eines in diesem Monat in Frankfurt a. M. begingenen großen Hundediebstahl-Prozesses weist das Organ des Deutschen Tierfang-Vereins „Tis“ auf die Thatsache hin, daß auch in Berlin die Hundediebstähle in großem Umfange betrieben werden. Ein Teil dieser Hunde wird zu Versuchszwecken an hiesige Anstalten zu unfällig billigen Preisen verkauft und es ist eine Thatsache, daß schon vor mehreren Jahren gegen den Richter eines hiesigen Staatsinstituts von einem Geschädigten Anzeige wegen Diebstehls erstattet worden war, die jedoch von der Staatsanwaltschaft aus sachlichen Gründen zurückgewiesen wurde. In Rücksicht auf die zahlreichen Hundediebstähle in Berlin hatte der Deutsche Tierfang-Verein bei dem Polizeipräsidenten die Ueberwachung des Hundehandels beantragt, jedoch wurde das Gesuch zurückgewiesen mit der Erklärung, daß die geschädigten Mißstände zwar polizeilich sind, daß es jedoch an einer geeigneten Handhabung fehle, dem Antrage des Vereins zu entsprechen.

**Feuerbericht.** Mittwoch früh 4 Uhr kam Sebastianstr. 84 in der Albumfabrik von Finger u. Co. ein Schadenfeuer aus, das erst nach längerem Wassergeben gelöscht werden konnte. Eine Betriebsstörung findet nicht statt. Kurz vorher war Friedriehstr. 131a ein kleiner Ladenbrand zu befechtigen. Dienstagabend wurden Pöcklerstraße 48 in einer Leinwand mehrere mit Weim gefüllte Säde eingeschädigt. Zur selben Zeit brannte Genthinerstr. 83 ein Gefäß mit Schwefel in einer Wohnstube. Am Bahnhofs Güterbahnhof hatten sich Mittwochvormittag Pöcklerstr. entzündet, doch konnte die Gefahr leicht beseitigt werden.

**Zu unserer gestrigen Notiz über das Arbeiter-Sportfest** wird uns mitgeteilt, daß in derselben ein Irrtum enthalten war und auch der Segelport zu seinem Recht gekommen ist. Von 12 bis 2 Uhr fand nämlich ein Geschwadersegeln von 20 reich besagten Segelbooten statt, an das sich bis 3 1/2 Uhr ein flottet Wettrudern schloß.

**Der alte Botanische Garten** (W., Potsdamerstr. 75) ist am Sonntag, den 10. August d. J., nachmittags von 2-7 Uhr für das Publikum geöffnet.

### Aus den Nachbarorten.

**Nixdorf.** Die berichtigte Liste der stimmungsfähigen Bürger für die Stadtverordnetenwahlen liegt vom 15. bis 30 August er. an den Wochentagen während der Geschäftsstunden von 8-3 Uhr und an den Sonntagen von 8-10 Uhr vormittags im Rathaus, Erdst. 29, 1. Treppe, Zimmer 11 (Wahlbureau) zur Einsichtnahme öffentlich aus. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste können innerhalb der oben angegebenen Frist schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden. Während im vorigen Jahre die Zahl der eingetragenen Wähler insgesamt 16 126 betrug, beläuft sie sich in diesem Jahre auf 17 075. Dieselben verteilen sich auf die einzelnen Abteilungen wie folgt: 1. Abteilung 98 (im Vorjahre 88), 2. Abteilung 1488 (1337), 3. Abteilung 15539 (14 701). Der Durchschnittssteuerbetrag beläuft sich auf 90,65 M. gegen 86,59 M. im Vorjahre.

**Lichtenberg.** Infolge Neu-Nummerierung der Häuser hat die Apotheke des Herrn A. Manowski in der Dorfstraße die Nummer 113 erhalten, was wir hiermit mitteilen, um den Patienten unnötiges Suchen zu ersparen.

### Gerichts-Beitrag.

**Kammergericht.** Der Geschäftsführer Weiland eines Bezirksvereins des Deutschen Reformbundes war zur Verantwortung gezogen worden, weil er in Zeitungs-Inserten seinen Namen nicht angegeben habe, dies sei aber für Geschäftsführer von Vereinen, die auch gewerbemäßige Stellenvermittlung übernehmen, gemäß der ministeriellen Bestimmung vom 10. August 1901 erforderlich. Weiland betonte, sein Verein betreibe die Stellenvermittlung nicht gewerbemäßig und habe bisher auch der Stellenvermittlung keinen Gewinn erzielt. Die Strafkammer in Halle a. S. verurteilte jedoch W. mit der Ausführung, der Verein erhebe für die Stellenvermittlung bestimmte Gebühren und wolle fortlaufend Gewinn erzielen; es sei unerheblich, daß bisher der Verein keinen Gewinn erzielt habe. In seiner Revision machte Weilands Vertreter geltend, sein Verein bezwecke, die sittliche Stellung der Arbeiter zu heben und den Stellenwucher niederzulampfen. Es handle sich hier um eine Wohlfahrts-Einrichtung, nicht aber um eine gewerbemäßige Stellenvermittlung. Das Kammergericht wies jedoch die Revision als unbegründet zurück, da die thatsächliche Feststellung der Strafkammer keinen Rechtsirrtum erkennen lasse.

**Städtischer Laternen-Anzünder, Hausverwalter, Materialwaren-Händler, Laubenbesitzer und -Spühube.** — Eine vielseitige Thätigkeit hat der Untersuchungsgefangene Johann Heinrich Kahl entwickelt, der gestern wegen mehrfachen Diebstahls vor der zweiten Ferien-Strafkammer am Landgericht II stand. Kahl war erst angeheirateter Laternen-Anzünder in Nixdorf, er war dann Hausverwalter des Hauses Juliusstr. 51, in welchem er mit Hilfe seiner Ehefrau ein Materialwaren-Geschäft betrieb, und schließlich war er Besitzer einer Laubenporelle. Das Haus Juliusstr. 51, in welchem er wohnte und welches er verpachtete, gehört dem Fabrikanten Pflüger, der aber in einem anderen Hause wohnt. Statt seiner wohnt sein Schwiegervater neben einer Anzahl anderer Mieter darin. Am Morgen des 9. Mai d. J. wurde das ganze Haus alarmiert, denn in der Nacht waren sämtliche Kellerräume eingebrochen worden. Die Mieter hatten dabei nicht viel verloren, denn in den Kellerverschlüssen war wenig drin, aber aus dem Keller des Besitzers Herrn Pflüger, in welchem dieser sein reichhaltiges Weinlager verwahrt, fehlte eine Menge Wein. Die Recherchen nach dem Diebe verliefen ergebnislos. Vierzehn Tage nach diesem Einbruch entdeckte Herr Pflüger, daß ihm wieder Wein gestohlen worden war. Nach dem Einbruch hatte er gezählt, daß noch 250 Flaschen Wein vorhanden waren. Nach der neueren Zählung waren nur noch 120 Flaschen vorhanden, es fehlten also 130. Bei den Recherchen, welche die angerufene Polizei anstellte, wurde dieselbe von dem Angeklagten mit einem Eifer unterstützt, der die recherchierenden Beamten stutzig machte und den Verdacht der Thäterschaft auf ihn selbst lenkte. Es wurde eine Hausdurchsuchung bei ihm vorgenommen, bei welcher 26 leere Flaschen vorgefunden wurden, welche nach die Erketten des Pflügerschen Weines trugen. Der Angeklagte wollte diese 26 Flaschen in der allgemeinen Aufregung an sich genommen haben, die nach dem Einbruch in der Nacht vom 8. zum 9. Mai im Hause herrschte. Die Parteien seien zur Polizei gelaufen und die Keller seien offen gelassen. Da habe er die Gelegenheit bemerkt, einen Arm voll Weinsflaschen an sich zu nehmen. Alles andre bestritt er. Herr Pflüger schätzte seinen Verlust, den er nach und nach erlitten hat, auf 400-500 Flaschen besser Arten. Dem Angeklagten sei es leicht gewesen, in seinen

— des Zuges — Weinsteller zu gelangen, denn dessen Keller, zu welchem aus dem Laden eine Falltür hinabführte, lag unmittelbar neben dem Weinsteller. Nach der Vernehmung von 16 Zeugen gelangte der Gerichtshof zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte im vollen Umfange der Anklage schuldig sei. Den Einbruch in der Nacht vom 8. zum 9. Mai habe er mit fingiert. Er mußte sich sagen, daß die Weinsflasche einmal entdeckt werden mußten und suchte durch den fingierten Einbruch den Verdacht auf andre zu wälzen. Der Angeklagte habe den Wein gestohlen und nachtragend verwertet, wozu er in seinem Geschäft die beste Gelegenheit hatte. Da der Angeklagte noch unbescholten sei, so seien ihm mildernde Umstände bewilligt worden. Das Urteil lautete auf ein Jahr und sieben Monate Gefängnis.

### Vermischtes.

**„Frau Doktor amüßert sich.“** Eine unliebsame Ueberraschung wurde einem jungen Arzte aus einem Berliner Vororte zu teil, der, um ein wenig Abwechslung in die Oede seines Strohwitwerdaseins zu bringen, — während seine Gattin in einem Nordseebade weilte, — die Einladung eines Hamburger Freundes zu einer Sprigtour über Sonntag annahm. Am Tage wurden die Hamburger Sebenswürdigkeiten in Augenschein genommen, der Abend galt einem Bummel durch St. Pauli, bekanntlich demjenigen Teil der schönen Hafenstadt an der Elbe, in welchem man sich nicht langweilt. Nachdem die Freunde eine Anzahl von Veranlagungsphotos „abgelappert“ hatten, begaben sie sich, um dem lustigen Tage einen würdigen Abschluß zu geben, ins Cafe H., das als Rendezvousplatz der Lebewelt bekannt ist. Der Gast aus Berlin war in bester Stimmung und hatte eben sein Glas erhoben, um mit seinem Begleiter anzustoßen, als plötzlich ein Pärchen eintrat, bei dessen Anblick der Arzt erbleichte. . . er hatte in der Dame, die anscheinend in rosigster Laune am Arme ihres schon bejahrten Seladon hing, seine eigene Frau erkannt. Er wollte seinen Augen nicht trauen, zumal er erst tags zuvor einen zärtlichen Brief von ihr aus dem stillen Seebade, in das sie sich zur Erholung ihrer Nerven gegeben, erhalten hatte. Von der geplanten Sprigtour hatte der lebenslustige Ehemann seiner Frau nichts mitgeteilt, so daß ihr die Begegnung gleichfalls ebenso peinlich, als unerwartet kam. Es stellte sich heraus, daß sich die junge Frau Doktor im Seebade gelangweilt und ohne viele Bedenken die Einladung eines Hamburger Kurortes zu einem kleinen Abscheer nach seiner Vaterstadt angenommen hatte, von deren Herrlichkeiten er so viel zu erzählen mußte. Eine gefällige Freundin besorgte inzwischen die Beförderung ihrer Briefe an den Herrn Gemahl, so daß diese den Poststempel des Seebades trugen. Trotzdem die überraschte Frau Doktor ihren Galan im Stiche ließ und sofort auf ihren Mann zuhause, den sie von der Harmlosigkeit des unverhofften Zusammentreffens mit dem Bemerkten zu überzeugen suchte, sie hätte sich bloß ein paar Tage amüßern wollen, ging dem Gatten diese Art Prolongation einer Abreisebelustigung denn doch ein wenig zu weit. Die vergnügungsfähige Frau Doktor wurde zu ihren Eltern bejüngelt und durfte sich bald, der Eheheften ledig, weiter amüßern können, ohne unliebsame Begegnungen befürchten zu müssen.

**Geldstränke aus — Wappe!** Für diejenigen, die zur Aufbewahrung ihres Vermögens keiner Geldstränke bedürfen, mag es ergötzlich sein, daß sogar der allerhöchste Wirtschreier von Sankt Kapitalismus in der kapitalistischen Gesellschaft Imitation ist. Aus Hannover wird berichtet: Die eigenartigen Geschäftspraktiken der früheren Geldstränkefirma Vode u. Zrone werden demnach zum Teil Gegenstand einer umfangreichen Anklage wegen Betrugs sünden. Die Untersuchung in der Angelegenheit hat ergeben, daß die Herstellung und Lieferung minderwertiger Geldstränke (es sind bekanntlich anstatt Stahlpinger Wechselplatten, zum Teil sogar Pappeinlage usw. verwendet) nicht nur von dem seiner Zeit etwas plötzlich verstorbenen Inhaber Vode bearbeitet ist, sondern auch von dessen Nachfolger, dem früheren Prokuristen und Teilhaber der Firma, Kaufmann Konrad. Konrad soll in den letzten Jahren fortgesetzt die Anordnung getroffen haben, daß nur minderwertiges Material zur Herstellung der bekannten Geldstränke verwendet wurde, ja er soll sogar korrekte Anordnungen eines andern Geschäftsführers, die schriftlich gegeben waren, einfach gefälscht haben. So ist z. B. bekannt geworden, daß, wenn 18 Millimeter starke Platten vorgegeben waren, Konrad einfach bestimmt hat, daß 4 Millimeter dicke Platten für das verständnislose Publikum auch genügend seien! Auf Grund dieser Erhebungen ist Konrad, der flüchtig war und vor längerer Zeit von Irland ausgeliefert und hier unter Anklage der Unterschlagung gestellt, aber aus der Haft entlassen wurde, auf's neue wieder verhaftet worden. Neben den strafrechtlichen Folgen nimmt namentlich das zivilrechtliche Verhältnis der Geschädigten, die fast sämtlich gegen die Firma klagen geworden sind, das Interesse in Anspruch. Die Zahl der Geschädigten ist sehr groß und die Ansprüche derselben sind bei weitem nicht durch die Konkursmasse der Firma Vode u. Zrone gedeckt.

**Der dicke Baum der Welt** ist jetzt in Kalifornien entdeckt worden. Er misst 154 engl. Fuß und 8 Fuß im Umfange und über 51 Fuß im Durchmesser. Da er auf Grund und Boden der Regierung steht, so ist seine Erhaltung gesichert. Das bisher größte Exemplar der Baumriesen, der „Water des Waldes“, der 110 Fuß Umfang hat, ist jetzt umgehauen worden; er hat eine Länge von 435 Fuß.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Beilage findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.  
W. S. Wenden Sie sich schriftlich an das Direktorat der betreffenden Bank.  
H. W. D. Eine solche Zeitschrift ist und nicht bekannt.  
99. Unwissend. Ist in einem Betrage als Abhängigkeit ein Vierteljahr vereinbart, so muß die Kündigung so eingerichtet werden, daß sie ein volles Vierteljahr in den Händen des Empfangers sich befindet, also spätestens am letzten des dem Quartal vorhergehenden Quartals in seinen Händen sich befindet. Ist im Vertrag keine Kündigungsfrist festgelegt, so muß spätestens am dritten des Quartals kündigt sein. — Streikende 10 A. Böhmig erwerbsunfähig gewordene Kriegsteilnehmer haben nach dem Gesetz vom Mai 1895 eine Jahresrente von 120 M. auch dann zu bekommen, wenn sie sich keine Krankheit im Kriege angeeignet hatten. — M. V. Die Schulpflicht im Holsteinischen endet mit vollendetem 16. Lebensjahre. — D. G. 1. 1. Leider ja. 2. Ja. 3. Nein. — D. E. Zu spät. — P. S. Das Institut ist und nicht bekannt. Anfragen darüber, wo Geld zu leihen ist und ob bestimmte Institute große Beschäftigung von Geld in Anspruch zu nehmen sind, beantworten wir durchweg nicht. — G. S. Nein. Ein Rücktrittsgeld aus den geklebten Marken steht nur der Witwe und, falls eine solche nicht vorhanden ist, den nächsten Kindern unter 15 Jahren, nicht aber den älteren Kindern zu. — S. M. 1. Etwa 300-300 M. reichen. 2. Sie mühen allerdings, wenn Sie sich nicht Antagen können, beim Gericht Rechtsregulierung beantragen. — H. R. 1. Ob Ihre Zustimmung erforderlich ist, hängt vom Inhalt des und nicht mitgeteilten Testaments ab. Ist Ihre Zustimmung erforderlich, so ist sie nur dann gültig, wenn Ihre Unterschrift gerichtlich oder notariell beglaubigt ist. 2. Sie leben außer Gütergemeinschaft. — J. D. 69. Nein. — J. Ja.

**Witterungsüberblick vom 6. August 1902, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Baromet. hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temp. u. G. 9 u. 6 u. 9 u. 6 u.	Stationen	Baromet. hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temp. u. G. 9 u. 6 u. 9 u. 6 u.		
Stettin	762	SW	3	bedekt	15	Spartanda	760	0	4 bedekt	10	
Hamburg	764	SE	2	bedekt	13	Bremerhaven	758	SE	1	bedekt	14
Berlin	763	0	2	wolkig	14	Gotz	762	SE	2	Dunst	16
Frankf. M.	763	0	1	bedekt	16	Köberden	762	SE	2	bedekt	15
München	766	0	1	wolkig	17	Paris	762	SE	0	bedekt	15
Wien	766	0	1	wolkig	17						

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 7. August 1902.**  
Wärmer, vielfach heiter bei ziemlich lebhaften südlichen Winden; zeitweise etwas Regen. — Berliner Wetterbureau.